

# **Open Access Repository**

www.ssoar.info

# Die Sicherheitslage der baltischen Staaten

Visuri, Pekka

Veröffentlichungsversion / Published Version Forschungsbericht / research report

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Visuri, P. (1997). *Die Sicherheitslage der baltischen Staaten.* (Berichte / BIOst, 4-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42817

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.



#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.rrz.uni-koeln.de/extern/biost ISSN 0435-7183

### Inhalt

		Seite
Kurz	fassung	3
1.	Zwischen Ost und West: Die baltischen Staaten in einer sicherheitspolitischen Grauzone	5
2.	Sicherheitsmythen und Realitäten im Ostseeraum	7
3.	Die Wiedererlangung der Freiheit im Baltikum	10
4.	Die Lage im Ostseeraum.	17
4.1	Europäische Szenarien	17
4.2	Aussichten für Kooperation im Ostseeraum	19
4.3	Militärische Kapazitäten	21
4.4	Die Interessen der Ostseeanrainer	24
5.	Entwicklungsaussichten in den baltischen Staaten	28
6.	Schlußfolgerungen	31
Anha	ang	32
Sum	mary	37

23. Dezember 1996

Der vorliegende Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Finnischen Institut für internationale Angelegenheiten.

Redaktion: Olga Alexandrova/Bernd Bentlin

#### Pekka Visuri

## Die Sicherheitslage der baltischen Staaten

Bericht des BIOst Nr. 4/1997

### **Kurzfassung**

#### Vorbemerkung

Die baltischen Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit 1991 zurück, aber die Sicherheitslage im Baltikum ist nach wie vor Gegenstand heftiger Diskussionen. Für die Zukunftsunsicherheit gibt es viele Gründe, die zumeist mit der instabilen Lage in Rußland und dem schlimmen sowjetischen Erbe zu tun haben. Auch historische und geopolitische Mythen werden in der Argumentation häufig angeführt und sind daher bei der Analyse mit zu berücksichtigen.

Gegenwärtig ist die Frage der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO aktuell und u.a. auch von großer Bedeutung für die Entwicklung der Lage im Baltikum. Die Balten haben jedoch nur wenig Möglichkeiten, auf die allgemeine Lage einzuwirken und nur geringe Chancen, bald als Vollmitglieder in diese Organisationen aufgenommen zu werden, so sehr sie es auch wünschen.

Es gibt viele Vorschläge, die schwierige Lage der Balten zu erleichtern. In dieser Studie werden sie analysiert und mit den Erfahrungen einer funktionierenden Zusammenarbeit verglichen. Nach der Analyse der historisch-geopolitischen Grundfaktoren und der aktuellen Lage im Ostseeraum wird die neueste Entwicklung in den baltischen Staaten dargestellt. Zusammenfassend ist es dann das Ziel der Studie, solche sicherheitspolitischen Handlungsalternativen zu entwerfen, die allgemein akzeptabel und somit auch besser durchführbar sind.

#### Ergebnisse

- 1. Der Rückblick auf die historischen Erfahrungen und die geopolitische Lage im Baltikum machen verständlich, warum die baltischen Völker heute mit Argwohn auf ihre russischen Nachbarn blicken. Auf der anderen Seite ist auch in Rußland die Wahrnehmung weit verbreitet, daß die Balten eine ernste Bedrohung für die Russen darstellen. Hinter solchen Vorstellungen stecken oft Sicherheitsmythen, die einer kritischen Analyse meistens nicht standhalten.
- 2. Für die Sicherheitslage der baltischen Staaten ist die Gesamtlage im Ostseeraum ausschlaggebend. Während des Kalten Krieges war die Ostsee eine Flankenzone für die Sowjetunion, aber der strategische Schwerpunkt war in die westliche Richtung, auf die dänischen Meerengen, verschoben worden. Heute ist die politische Lage völlig verändert,

aber im Ostseeraum gibt es noch immer starke militärische Kräfte. Die heutige Sicherheitslage im Baltikum hängt im wesentlichen von der Entwicklung in Rußland ab. Ein besonderes Problem für das Baltikum ist die russische Exklave Kaliningrad (das ehemalige Königsberg), wo sich ein starker Flottenstützpunkt als Relikt der Sowjetmacht befindet. Kaliningrad wäre für die Russen ohne Benutzung der baltischen Territorien äußerst schwierig zu verteidigen. Es wäre daher nützlich, wenn militärische Sicherheitsprobleme auch im Rahmen der regionalen Rüstungskontrolle der OSZE gemildert würden.

- 3. Nach dem Kalten Krieg sind die Voraussetzungen für vielfältige Zusammenarbeit im Ostseeraum besser geworden. Es gibt jetzt viele kooperative Organisationen und Initiativen, die auch das Baltikum umfassen. Die nachbarschaftliche Zusammenarbeit ist ohne Zweifel für die Sicherheitslage günstig, aber zur Überwindung der großen Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Teile der Ostsee sind aktive Maßnahmen erforderlich.
- 4. Die Osterweiterung der NATO stößt in Rußland auf heftigen Widerstand, was als Realität akzeptiert werden muß. Bie Balten selbst sehen in der NATO-Mitgliedschaft die einzige sicherheitspolitische Alternative, sind aber bislang von den Erweiterungsrunden ausgeschlossen. Da für sie keine direkten militärischen Garantien zu bekommen sind, müssen jetzt andere sicherheitspolitische Lösungen gefunden werden.
- 5. Eine Mitgliedschaft in der EU wäre für die Stabilität der baltischen Staaten nützlich, aber die Kriterien sind schwer zu erfüllen. Schweden und Finnland geben den baltischen Staaten Unterstützung, damit sie möglichst bald bereit für eine Aufnahme in die EU werden.
- 6. Für die Sicherheit der baltischen Staaten ist innere Stabilität sehr wichtig. Die Situation ist heute zwar nicht schlecht, aber für die Zukunft müßte noch eine festere Grundlage geschaffen werden. Die Konsolidierung der Wirtschaft, der Innenpolitik und der Verteidigung erfordert effektive Maßnahmen. Es wäre auch notwendig, statt einer neuen militärischen Blockpolitik eine gut funktionierende Zusammenarbeit auf allen Gebieten zwischen den baltischen Staaten und mit den anderen Ostseeanrainern zu fördern.

# 1. Zwischen Ost und West: Die baltischen Staaten in einer sicherheitspolitischen Grauzone

Das Baltikum<sup>1</sup> gehört schon seit dem 12. Jahrhundert, als die ersten deutschen Kaufleute und Missionare dort ankamen, zum europäischen Kulturkreis. Der Deutsche Orden erhob sich bald als baltischer Machtfaktor, indem er seinen Einfluß von Preußen und Livland aus nach Norden erweiterte. Bis Mitte des 13. Jahrhunderts erreichten die Dänen und Deutschen den Fluß Narva, der die Grenze zwischen den baltisch-finnischen Stämmen (Esten) und Slawen (Nowgorod-Russen) bildete. Dort verläuft noch heute die Ostgrenze Estlands mit Rußland. Während der nächsten Jahrhunderte war die wirtschaftlich-kulturelle Tätigkeit der deutschen Hanse im ganzen Ostseeraum bedeutsam, und das hansische Erbe hat auch die spätere Entwicklung des Baltikums nachhaltig beeinflußt. Zur Reformationszeit breitete sich der lutherische Glaube schnell in die baltischen Provinzen Estland, Livland und Kurland aus, während Litauen neben Polen katholisch blieb. Anfang des 17. Jahrhunderts erweiterte König Gustav Adolf die schwedische Macht in das nördliche Baltikum und drängte so die polnischlitauische Einflußzone ein Stück nach Süden zurück.<sup>2</sup> Es war auch für die heutige Lage sehr folgenreich, daß der russische Zar Peter I. während des Nordischen Krieges Anfang des 18. Jahrhunderts die Schweden aus den Ostseeprovinzen vertrieb. Die Dreiteilung des polnischlitauischen Reichs unter Preußen, Rußland und Österreich vollendete später die Erweiterung des russischen Einflußbereichs, der nach dem Wiener Kongreß 1815 schon über Warschau nach Westen reichte.

Der Erste Weltkrieg war für das südliche Baltikum verheerend, aber er bot den baltischen Völkern auch eine einmalige Chance, die staatliche Selbständigkeit zu erlangen. In der Endphase des Weltkrieges zerfiel zuerst das russische Imperium, und zum Schluß mußte auch das im Westen besiegte Deutsche Reich sich aus dem Osten zurückziehen. So wie die Polen und Finnen hatten auch die Balten erst einen schweren Befreiungskampf gegen Russen und Bolschewiken zu führen, bevor die Unabhängigkeit ihrer Staaten anerkannt wurde. Zwischen den Weltkriegen konnten die neuen Demokratien an der Ostsee ihre wirtschaftliche Lage ziemlich schnell stabilisieren, aber die außenpolitischen Beziehungen zu den alten Großmächten Rußland und Deutschland blieben gespannt. Besonders kompliziert war die Lage Litauens wegen der Streitigkeiten um Wilna und Memel. Vor allem

Die Bezeichnungen "Baltikum" oder "Balten" stammen aus der Antike. "Baltia" bezeichnete ursprünglich das Bernsteingebiet im nördlichen Europa, und "Mare Balticum" (Baltisches Meer, Ostsee) wurde später bekannt. Heute umfaßt die als "Baltikum" bekannte Region ungefähr das Gebiet der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, in welchem die "Balten" wohnen. Vgl. Klemens Ludwig, Das Baltikum: Estland, Lettland, Litauen, München 1991, S. 10.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Über die frühere Geschichte siehe Gert von Pistohlkors, Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der drei baltischen Staaten, in: Boris Meissner (Hrsg.), Die baltischen Nationen: Estland, Lettland und Litauen, 2. Aufl., Köln 1991, S. 11-49, und Philippe Dollinger, Die Hanse, Stuttgart 1989.

Minderheitsprobleme und andere innenpolitische Schwierigkeiten hatten zur Folge, daß sich die baltischen Staaten während der 30er Jahre immer deutlicher zu Diktaturen entwickelten.<sup>3</sup>

Im Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg teilten Hitler und Stalin den östlichen Ostseeraum in Einflußzonen auf, so daß die baltischen Staaten zuerst der Roten Armee Stützpunkte überlassen mußten und dann im Juni 1940 von der Sowjetunion einverleibt wurden. Während des Krieges verwüsteten deutsche und russische Truppen das gesamte Baltikum. Am Ende des Zweiten Weltkriegs besetzte die Sowjetunion die baltischen Staaten erneut als Sowjetrepubliken und schob ihre Einflußzone über Ostpreußen und Polen immer weiter nach Westen vor. Das Baltikum wurde zum Objekt einer konsequenten Sowjetisierung und Russifizierung, während die Ostsee einen Abschnitt der langen Frontlinien im Kalten Krieg bildete.

Der Widerstand der Balten gegen die übermächtige Sowjetmacht war nach dem Krieg stark, aber Moskau ging dagegen mit allen Mitteln des stalinistischen Terrors vor, u.a. mit umfangreichen Deportationen. Aktive Freiheitsbewegungen erwuchsen in den baltischen Republiken in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aus mehreren gleichzeitig wirkenden Faktoren: Für viele Balten zeichnete sich der Zerfall der Sowjetmacht schon deutlich ab, und darin sahen sie eine letzte Chance, den Prozeß der Russifizierung abzubrechen. Den Bestrebungen der baltischen Politiker kam auch der Machtkampf zwischen dem russischen Führer Boris Jelzin und der Unionsführung Gorbatschows entgegen. Die russisch-baltische politische Zusammenarbeit ermöglichte es den baltischen Völkern im Januar 1991, der harten Erpressung durch die Sowjetkommunisten widerzustehen und nach dem gescheiterten Moskauer Putsch-Versuch im August 1991 eine schnelle Anerkennung der Selbständigkeit der baltischen Staaten zu erhalten.

Die politischen und wirtschaftlichen Aussichten in den neu befreiten Staaten waren jedoch ziemlich trübe. Die Wirtschaft war nach der Sowjetherrschaft in schlechtem Zustand, und es herrschten vielerlei innenpolitische Streitigkeiten. In Estland und Lettland gab es große russische Minderheiten, die die Trennung von Rußland nur halbherzig akzeptierten und für sich zumindest politisch-kulturelle Autonomie forderten. Es war auch keineswegs sicher, wie Moskau tatsächlich zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten stand: War die Anerkennung nur ein taktisches Manöver im Moskauer Machtkampf, oder bot sie eine gute Basis für die künftige nachbarschaftliche Zusammenarbeit?

Die Balten hatten vom Anfang an das Ziel, sich politisch, wirtschaftlich und militärisch so schnell und vollständig wie möglich an die westeuropäische Integration anzuschließen. Der Weg der Balten nach Europa ist allerdings mit vielen politischen und wirtschaftlichen Implikationen verbunden, die zumeist eine Folge der exponierten geopolitischen Lage und des

-

Zuerst hatten die neuen baltischen Staaten parlamentarische Verfassungen, die der Weimarer Verfassung des Deutschen Reichs ähnelten. Siehe die Artikel von Henn-Jüri Uibopuu, Adolfs Silde und Stanley Vardys über die politische Entwicklung in den unabhängigen baltischen Staaten zwischen den Weltkriegen, in: Meissner, 1991, S. 52-86.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Siehe z.B. Meissner, 1991, S. 110-223 und Ansgar Graw, Der Freiheitskampf im Baltikum, Erlangen-Bonn-Wien 1991, S. 9-55.

schlimmen sowjetischen Erbes sind. Sicherheitspolitisch sind die Westmächte nicht bereit, wegen der baltischen Staaten ihre Beziehungen zu Rußland zu gefährden, und wirtschaftlich ist die Osterweiterung der Europäischen Union ein großer Komplex von Problemen, die nicht in ein paar Jahren zu lösen sind. Es ist auch schwer vorauszusehen, wie sich die innere Stimmung im Baltikum entwickelt, wenn die Aussichten der Westintegration so vage bleiben und eine neue Zweiteilung Europas immer wahrscheinlicher wird. Die baltischen Länder sind in eine Grauzone zwischen Ost und West geraten.<sup>5</sup>

So ist die "baltische Frage" zur Zeit wieder in eine Sackgasse geraten, aus der nur neue wohlüberlegte Initiativen hinausführen können. Dazu ist es notwendig, zuerst einige historisch-geopolitische Hintergründe zu betrachten. Nach dem Kalten Krieg sind manche Mythen, die einer kritischen Analyse nicht standhalten, im östlichen Europa nur allzu gern benutzt worden, um das Volk aufzuhetzen. Das gilt auch für das Baltikum, und zwar sowohl in der innerbaltischen als auch in der russischen Sicherheitsdiskussion. Die Interpretation und Kritik der Sicherheitsmythen ist somit ein wesentlicher Teil des Referenzrahmens für diese Studie.

#### 2. Sicherheitsmythen und Realitäten im Ostseeraum

Die russische Marine feierte am 28. Juli 1996 ihren 300. Jahrestag mit einer Flottenparade in St. Petersburg. Das Jubiläum war besonders wichtig für die Ostseeflotte (oder "Baltische Flotte"), die von Zar Peter I. nach westeuropäischem bzw. holländischem Vorbild gegründet wurde. Heute leidet bekanntlich die russische Marine, ebenso wie auch die anderen Teile der russischen Streitkräfte, an vielen wirtschaftlichen und moralischen Mängeln, aber das bedeutet nicht, daß ihre mythische Rolle als Instrument russischer Großmachtpolitik ganz verschwunden wäre.

Das politische Erbe Peters des Großen ist heute ambivalent. Einerseits ist er wieder ein wichtiges Vorbild für die liberalen Euro-Atlantiker ("zapadniki"), die Rußland als westliches Land entwickeln wollen - nicht zufällig benutzte gerade die Reformpartei "Rußlands Wahl" unter Jegor Gaidar das Reiterdenkmal Peters des Großen als ihre Symbolfigur für die Parlamentswahl 1993 - aber andererseits war Peter der Große auch ein absoluter Herrscher und Imperialist, der das kontinentale Rußland nach Westen erweiterte und für die Erhaltung des Großmachtstatus kämpfte. Nach dem Frieden von Nystad, der den Nordischen Krieg 1721 beendete, nahm Peter I. den Titel Imperator (Kaiser) an und legte den Zarentitel ab, um so die Ebenbürtigkeit mit dem westlichen Kaiser, dem Oberhaupt des Heiligen Römischen Reichs

Siehe z.B. Wolfgang Fechner, Partner im Schatten. Die baltischen Staaten in der Grauzone, Europäische Sicherheit 12/1995, S. 22-24.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Über das Konzept der "baltischen Frage" als europäisches Problem siehe Boris Meissner, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, Köln 1956, S. xii.

Die Bezeichnung "Baltische Flotte" ist eine wörtliche Übersetzung aus dem Russischen bzw. Englischen. Hier wird die Benennung Ostseeflotte gebraucht.

Deutscher Nation, zu betonen.<sup>8</sup> Die Eroberung der baltischen Provinzen war ein Bestandteil der europäischen Großmachtstrategie Rußlands,<sup>9</sup> die auch die Verlegung der Regierung von Moskau an die Ostsee erforderte. Der Aufbau der neuen russischen Hauptstadt St. Petersburg an der Neva-Mündung am Finnischen Meerbusen veränderte die Lage im gesamten Ostseeraum grundlegend.

Der imperiale Mythos ist auch in der heutigen russischen Diskussion und politischen Praxis ein zentrales Thema. Die Frage ist nur, ob Rußland eine europäische Macht sein will oder nach einer Weltmachtstellung neben den Vereinigten Staaten und China streben soll, was auch eine stärkere Ausprägung des Eurasismus bedeuten würde. Allem Anschein nach ist es für Rußland äußerst schwierig, sich von einem überholten Imperium zu einem modernen liberal-demokratischen Staat zu wandeln. Wenn dies jedoch glückte, wären auch die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung der baltischen Frage erheblich besser.

Die militärstrategische Lage der Ostsee und speziell der baltischen Region ist von grundlegender politischer Bedeutung. Hieran sind auch viele Mythen geknüpft, die in der politischen Argumentation gern verwendet werden. Während der vergangenen Jahrhunderte war die Ostsee als wirtschaftlich-politischer Verbindungsweg sowie als militärische Angriffsroute sehr wichtig. Noch im Krimkrieg (1853-1856) konnte die vereinigte englisch-französische Flotte in der Ostsee große Seekriegsoperationen gegen Rußland durchführen. Sie zerstörte die Festungen auf den Åland-Inseln und an der finnischen Küste, bombardierte Helsinki und bedrohte sogar die russische Hauptstadt St. Petersburg. Als Antwort gegen die maritime Bedrohung bauten die Russen zunächst eine große Ostseeflotte, aber nach der Katastrophe von Tsushima während des japanisch-russischen Krieges 1904-1905 erhielt eine feste, artilleristische Küstenverteidigung den Vorrang. Ab 1912 baute Rußland ein starkes System die "Seefestung Peters des Großen" aus. 12 Seeverteidigung, Küstenartilleriebatterien beiderseits des Finnischen Meerbusens und auf den estnischen Inseln nördlich der Rigaer Bucht sowie viele Landbefestigungen, die während des Ersten Weltkrieges gebaut wurden. In den Weltkriegen war die Ostsee nur ein Nebenschauplatz,

\_

Siehe Gerhard Simon, Großmacht Rußland. Zum Selbstverständnis in Vergangenheit und Gegenwart, in: Heinrich Vogel/Hans-Henning Schröder (Hrsg.) Großmacht Rußland? Erfahrungen, Perspektiven, Optionen, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Juni 1996, S. 32-33.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Über die Mythologie der baltischen Provinzen in Rußland siehe Kristian Gerner-Stefan Hedlund, The Baltic States and the End of the Soviet Empire, London and New York 1993, S. 60-62.

Siehe z.B. Alexander Sergounin, The Russian dimension of Nordic security - hard choices and opportunities, in: Visions of European security - focal point Sweden and Northern Europe, Olof Palme International Center, Stockholm 1996, S. 104-115.

David Kerr, The New Eurasianism: The rise of geopolitics in Russia's foreign policy, in: Europe-Asia Studies, Vol. 47, No. 6, 1995, S. 977-988 und Vesa Oittinen, Eurasianismus - eine Integrationsideologie für Rußland? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1994, S. 1379-1386. Vgl. auch Olga Alexandrova, Auf der Suche nach außenpolitischen Alternativen: Die "Dritte Welt" in den russischen Vorstellungen, Bericht des BIOst, Nr. 31/1996, S. 9-12.

Siehe z.B. Erkki Nordberg, The Baltic Republics. A Strategic Survey, Finnish Defence Studies 6, Helsinki 1994, S. 9-10.

während die Landkriegsoperationen im Baltikum und südlich davon sehr viel bedeutender waren. Die russische Ostseeflotte spielte so gut wie keine Rolle.

Die in der Sowjetpropaganda viel benutzte Begründung für den Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 war Zeitgewinn und Schaffung eines Vorfelds gegen die deutsche Offensive, die dann im Juni 1941 begann. Tatsächlich aber waren die Auswirkungen des geheimen Zusatzprotokolls für die russische Verteidigung nachteilig. Im Winterkrieg 1939/40 gegen Finnland konnten die Russen unter großen Verlusten die Annexion einiger finnischer Gebiete durchsetzen. Der Winterkrieg und die darauffolgende politische Erpressung bewirkten, daß Finnland in Deutschland um Schutz vor der Sowjetunion nachsuchte. Die finnischen Truppen begannen im Sommer 1941 zusammen mit den Deutschen eine parallele Offensive gegen Rußland, um die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Ohne den Winterkrieg wäre Finnland im Zweiten Weltkrieg sehr wahrscheinlich neutral geblieben. Auch im Baltikum war das im Juni 1940 besetzte Vorfeld der drei baltischen Länder praktisch bedeutungslos für die Verteidigung der Sowjetunion. Den deutschen Streitkräften war es ein Leichtes, die zu weit vorgeschobenen sowjetischen Truppen zu zerschlagen.

Auf den Konferenzen der Alliierten von Jalta und Potsdam forderte Stalin neben der Anerkennung der Annexion der baltischen Staaten auch die Abtretung des Nordteils von Ostpreußen an die Sowjetunion. Der formelle Grund dafür war, daß die "eisfreien Häfen Königsberg und Memel" benötigt wurden. Präsident F.D. Roosevelt zeigte Verständnis für diese Begründung und räumte ein, daß die baltischen Länder "ein Teil der Sowjetunion" waren. Es ist bemerkenswert, daß die sowjetischen Gebietsforderungen vor 50 Jahren allein militärstrategisch begründet wurden und die Sowjetpropaganda alte Thesen wiederholte. Heute läßt sich auch argumentieren, daß ohne solche geostrategischen Begründungen die Grenzen der Friedensverträge der baltischen Staaten mit Sowjet-Rußland von 1920 heute für Rußland akzeptabler wären.

Im Kalten Krieg war die Ostsee eine Flanke der Sowjetstreitkräfte und wichtig für den Nachschub für die Armeen in Ostdeutschland. Der strategische Schwerpunkt war jedoch von der nördlichen Ostsee in Richtung auf die dänischen Meerengen verschoben worden, und die Atomwaffen minderten die strategische Bedeutung der Marine. Daher gaben die Russen Mitte der 50er Jahre den Flottenstützpunkt Porkkala unweit von Helsinki den Finnen zurück und brachen das Programm zum Bau großer Kriegsschiffe ab. <sup>17</sup> Im Baltikum bauten die Sowjets in den 60er Jahren ein starkes Luftverteidigungssystem. Zugleich verlagerte sich der Schwerpunkt der Sowjetmarine auf die Nordmeerflotte am Eismeer. Mit dem Ende des Kalten Kriegs

Siehe z.B. Heino Arumäe, Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt, in: Erwin Oberländer (Hrsg.), Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas? Frankfurt am Main 1989, S. 114-124.

Kalervo Hovi, Der Hitler-Stalin-Pakt und Finnland, in: Oberländer, 1989, S. 61-74.

Protokolle in den Sitzungen in Teheran 1.12.1943. Teheran, Jalta, Potsdam, Konferenzdokumente der Sowjetunion, Band 1, Die Teheraner Konferenz 1943, Köln 1986, S. 138-139.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Siehe Gerner-Hedlund, 1993, S. 62-67.

Siehe Strobe Talbott (Hrsg.), Khrushchev Remembers, The Last Testament, Boston 1974, S. 19-34 und 222-225.

und der Wiedervereinigung Deutschlands veränderte sich die Lage in der Ostsee völlig. Die russische Ostseeflotte verlor die Fähigkeit zur Offensive, aber für Luftoperationen gab es nach wie vor beiderseits Möglichkeiten. Zwar waren die Stützpunkte im Baltikum für die Luftverteidigung Rußlands nicht mehr lebenswichtig, <sup>18</sup> aber das bedeutete nicht, daß die baltischen Länder für Rußland geostrategisch unwichtig geworden wären.

Ein besonderes Problem bildet die russische Exklave Kaliningrad/Königsberg, die auch die seestrategische Bedeutung der Ostsee erheblich vergrößert. Ihre frühere Stellung als Hauptstützpunkt der großen russischen Ostseeflotte und als Versorgungszentrum für die Landstreitkräfte hat die Exklave mit 900.000 Einwohnern zwar eingebüßt, aber sie bleibt auf absehbare Zeit als Relikt der Sowjetmacht und Störfaktor für die allgemeine Sicherheitslage im Baltikum bestehen.

Aus der kritischen Betrachtung der vielen historisch begründeten Sicherheitsvorstellungen erklärt sich somit, warum diese Vorstellungen unter den veränderten Verhältnissen nach dem Kalten Krieg zumeist nur als Propagandamythen verwendet werden konnten.<sup>19</sup> Schließlich führten auch die Russen nicht so sehr militärstrategische Begründungen, sondern eher allgemeine politische Aspekte gegen die Unabhängigkeitsbemühungen der Balten ins Feld. Mit alten Mythen eng verbunden sind zum Beispiel die in jüngerer Zeit gemachten Behauptungen, daß namentlich die baltischen Staaten schuld am Zerfall der Sowjetunion seien und daß die Balten ihre Unabhängigkeit nur mit ausländischer Hilfe erlangt hätten und auch künftig behalten könnten. Nach dieser Auffassung haben sich die baltischen Völker gegenüber ihren langzeitigen Gönnern, der Sowjetunion bzw. Rußland, undankbar gezeigt und sie betrogen. Ungeachtet der relativ geringen Größe der baltischen Staaten und einer Bevölkerung von insgesamt nur acht Millionen haben viele in Rußland, vor allem in den Streitkräften, das Baltikum als die hauptsächliche Bedrohung Rußlands gesehen.<sup>20</sup> In der möglichen neuen sicherheitspolitischen Spannungslage im Ostseeraum sind dagegen einige neuere politische und militärische Gesichtspunkte doch von so großer Bedeutung, daß sie beachtet werden müssen.

#### 3. Die Wiedererlangung der Freiheit im Baltikum

Die Phase vom Erstarken der baltischen Befreiungsbewegungen um 1988 bis zur Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit im August 1991 war turbulent. Die Balten spielten bei der emanzipatorischen Entwicklung, die den gesamten sowjetischen

-

Auch einige westliche Wissenschaftler und hohe Beamte betonten die fortdauernde Wichtigkeit der russischen Luftverteidigung im Baltikum und hielten daher einen baldigen Rückzug der Truppen für unmöglich. Siehe z.B. Ola Tunander, The Strategic Significance of the Nordic-Baltic Region, in: Sverre Jervell - Mare Kukk - Pertti Joenniemi (Hrsg.), The Baltic Sea Area - A Region in the Making, Oslo 1992, S. 223-225. Er schrieb, daß es für die Balten besser wäre, die russischen Stützpunkte auf ihren Territorien "für einige Jahrzehnte" zu akzeptieren.

Siehe n\u00e4her Pekka Visuri, The Changing Political and Military-Strategic Status of the Baltic Region, in: Jervell u.a. 1992, S. 230-238.

Juris Dreifelds, Latvia in transition, Cambridge 1996, S. 2-4.

Machtbereich erschütterte, eine bedeutende Rolle. Es gibt viele Gründe dafür, warum von den nationalen Befreiungsbewegungen in der Sowjetunion gerade die baltischen in der vordersten Linie standen. Die Erinnerung an die Unabhängigkeitsphase zwischen den Weltkriegen war noch wach, und Kontakte zum Westen hatten bessere Voraussetzungen als anderswo in der Sowjetunion. So wurden auch die neuen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strömungen, z.B. das Bewußtsein für Umweltschutzfragen, die Revolution in der Informationstechnik und der Fortschritt der westeuropäischen Integration, im Baltikum schnell bekannt. Der Kernreaktorunfall in Tschernobyl 1986 betraf die baltischen Länder schwer und zeigte, wie ernst die Gefahr war, die von der Sowjettechnologie ausging.

Das nationale Überleben der baltischen Völker wurde durch die Sowjetisierung, die zugleich Russifizierung bedeutete, gefährdet. Zwar hatte es schon in den unabhängigen baltischen Staaten der 20er Jahre Minderheitsprobleme als Erbe der deutschen und russischen Herrschaft gegeben, aber nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Sowjetisierung so energisch und systematisch betrieben, daß die ethnischen Verhältnisse sich grundlegend änderten.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden zuerst 70.000 Deutschbalten aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes aus dem Baltikum in das von Deutschland eroberte Polen umgesiedelt. Die deutsche Besatzungsmacht brachte dann beinahe alle Juden (ca. 300.000) sowie 100.000 andere Personen um und degradierte die baltischen Stammvölker zu Menschen zweiter Klasse.<sup>22</sup>

Die ersten von den Sowjets organisierten Massendeportationen von 40.000 Menschen aus den baltischen Sowjetrepubliken nach Sibirien und Zentralasien begannen im Juni 1941 - ungefähr ein Jahr nach der sowjetischen Okkupation und kurz vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion. Betroffen waren vor allem Intellektuelle, Beamte, Regierungsvertreter und deren Familien. Zwischen 1947 und 1949 fand die zweite große Deportationswelle statt, bei der eine halbe Million Menschen nach Sibirien verschleppt wurde. Annähernd ebensoviele Balten flohen während des Krieges nach Westen.<sup>23</sup>

Die Russifizierung betraf zunächst Estland und Lettland. Der Anteil der Stammbevölkerung in Estland ging von 89 Prozent im Jahr 1939 auf 61 Prozent im Jahr 1989 zurück und entsprechend in Lettland von 77 auf 52 Prozent. Die großen Städte, besonders Riga und Tallinn, sowie einige neue Standorte der Schwerindustrie waren proportional noch stärker von der sowjetischen Immigration betroffen. In Litauen war die Veränderung wesentlich geringer, von 84 auf 80 Prozent. Der Bevölkerungsanteil der Russen betrug 1989 in Estland 30 Prozent, in Lettland 34 Prozent und in Litauen 7 Prozent.<sup>24</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Als Überblick siehe Gerner - Hedlund, 1993, S. 69-182.

Wolfgang Benz, Der Generalplan Ost, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Frankfurt am Main 1985, S. 39-47.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Ludwig, 1991, S. 55.

Näheres über die Entwicklung siehe Wilfried Schlau, Der Wandel in der sozialen Struktur der baltischen Länder, in: Meissner, 1991, S. 357-381.

Bereits Mitte der 80er Jahre gab es im Baltikum schon einige Dissidentengruppen bzw. Protestbewegungen gegen die Russifizierung. Die Bewegungen verteidigten die Menschenrechte unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki 1975. Ungefähr ein Jahr nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows entstanden in den baltischen Sowjetrepubliken auch erste kleine Bewegungen, die die Neuerungen in der Sowjetunion unterstützten. Im Februar 1987 besuchte Gorbatschow erstmals Tallinn und Riga. Er versprach Unterstützung für die Wirtschaftsreformen und politische Liberalisierung, erteilte aber zugleich allen "nationalen Bestrebungen" eine klare Absage. Im folgenden Jahr nahmen die Freiheitsbewegungen an Dynamik und Ausmaß überall im Baltikum rasch zu. Über die weitere Entwicklung der Ereignisse ist bereits ausführlich berichtet worden.<sup>25</sup> Einige Merkmale des Freiheitskampfes wirken jedoch noch bis heute nach.

Während des Jahres 1988 wurden in allen baltischen Ländern "Volksfronten zur Durchführung gesellschaftlicher Veränderungen" gebildet. In Estland hatte die Organisation "Rahvarinne" (estnisch für "Volksfront") bald einen großen Zustrom an Unterstützern. Bei einem Sängerfest der Volksfront auf dem Sängerfeld in Tallinn versammelte sich eine bisher nicht gesehene Volksmenge von 300.000 Menschen. Die Forderung nach Absetzung des unbeliebten estnischen Parteichefs wurde erfüllt, und durch Verordnung wurden die "Volkssymbole" wie die alte Nationalflagge, Nationalhymne und das Staatswappen wieder zugelassen. Am 16. November 1988 beschloß das Parlament der Estnischen SSR, der Oberste Sowjet, eine Deklaration der Souveränität Estlands (noch innerhalb der UdSSR) und weitere Gesetzänderungen. Die Reaktion aus Moskau war schroff und zwang die Esten zu einer vorsichtigeren Linie, jedoch ohne Aufgabe der Erneuerungspolitik.<sup>26</sup> In Lettland wurde die Volksfront (Latvijas Tautas fronte) am 8. Oktober 1988 gegründet. Während sich in Estland die Kommunistische Partei ziemlich reibungslos an die neuen Verhältnisse anpaßte und ein Teil der Volksfront wurde, verlief der Prozeß in Lettland schwieriger. Die Volksfront genoß die klare Unterstützung der Bevölkerung und setzte im lettischen Parlament (dem Obersten Sowjet) am 28. Juli 1989 eine Souveränitätserklärung durch. Die Spaltung der Kommunisten wurde dabei offenbar.<sup>27</sup> In Litauen wurde am 3. Juni 1988 die Litauische Bewegung für Perestroika (Sajudis) gegründet, die dem allgemeinen baltischen Volksfrontmodell entsprach. Die Kommunisten verloren bei den Wahlen zu Gorbatschows neuem Parlament (dem Kongreß der Volksdeputierten) am 26. März 1989 ihre Machtstellung fast völlig. 28 Die Souveränitätserklärung des Parlaments vom 18. Mai 1989 stellte fest, daß Litauen 1940 aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts "gewaltsam und widerrechtlich" der Sowjetunion einverleibt worden war. Es ging nun um die "Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität".<sup>29</sup>

. -

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Siehe z.B. Ludwig, 1991, S. 58-86, Graw, 1991, S. 27-53 und Artikel von Henn-Jüri Uibopuu, Egil Levits und Stanley Vardys mit Dokumentationen, in: Meissner, 1991, S. 110-406.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Uibopuu, in: Meissner, 1991, S. 119-126 und Dokumentation 384-385. Siehe auch Graw, 1991, S. 36-41.

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Levits, in: Meissner, 1991, S. 157-167, Dokument, S. 385-386.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Vardys, in: Meissner, 1991, S. 232-233.

Ebenda, S. 234 und Dokument "Über die Souveränität Litauens" vom 18. Mai 1989, S. 386-387.

Die Anerkennung der Nichtigkeit des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 bildete sodann eine wichtige Grundlage für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit in den baltischen Staaten. Die Sowjetführung hatte den Vertrag hartnäckig ignoriert bzw. behauptet, daß er nicht die Grundlage für die Annexion der baltischen Staaten 1940 dargestellt habe. Der Kampf um die Geschichte wurde für die Balten äußerst wichtig und zum Prüfstein der Glaubwürdigkeit und Legitimität der Sowjetmacht, insofern war das fortdauernde Lügen der Moskauer Führung kontraproduktiv. Aufgrund der historischen Fakten war offenkundig, daß die baltischen Länder unter Androhung militärischer Gewalt in die Sowjetunion eingegliedert worden waren. Die Sowjetführung hatte die baltischen Staaten im Herbst 1939 zuerst gezwungen, Stützpunkte im jeweiligen Land für Truppen von 20.000-30.000 Mann zur Verfügung zu stellen und einen Beistandspakt zu schließen. Im Juni 1940 wurde den Balten ein weiteres Ultimatum gestellt, und schließlich mußten sie die völlige Okkupation ihrer Länder hinnehmen. In nehmen.

Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Pakts organisierten die Balten am 23. August 1989 eine Massendemonstration. Die 600 Kilometer lange Menschenkette mit anderthalb Millionen Teilnehmern von Tallinn bis Vilnius war ein eindrucksvoller Beweis für die Mobilisationskraft der Volksfronten.<sup>32</sup> Die Volksfront Litauens Sajudis gewann im Frühjahr 1990 klar die Parlamentswahlen, und das neu gewählte Parlament beschloß am 11. März einmütig eine Verfassungsänderung, die die Wiederherstellung Litauens als unabhängige demokratische Republik erklärte.<sup>33</sup>

Moskau reagierte am 13. April mit einem Ultimatum, das Öl- und Gaslieferungen nach Litauen einzustellen drohte. Diese Drohung wurde weitgehend wahr gemacht und brachte die Litauer in eine schwierige wirtschaftliche Lage. Aber auch die Sowjetwirtschaft wurde geschädigt, da Litauen ein wichtiger Hersteller besonders von elektronischen Komponenten und anderen Kraftfahrzeugteilen für die ganze Sowjetunion war. Auch die Energielieferungen nach Kaliningrad und in die russischen Garnisonen gingen größtenteils durch Litauen und waren somit störungsanfällig.<sup>34</sup> Die westlichen Staaten taten sich mit der Beurteilung der Entwicklung in den baltischen Staaten schwer. Es fiel ihnen offenbar nicht leicht, zwischen Gorbatschow, dem Fortgang der Perestroika und der europäischen Entspannung einerseits und dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker andererseits zu wählen.<sup>35</sup> Die aktuelle Konfrontation entschärfte sich im Juni 1990. Moskau gab die Blockade auf, wenn

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Gert von Pistolkors, Der Hitler-Stalin-Pakt und die baltischen Staaten, in: Oberländer, 1989, S. 75-97.

Dreifelds, 1996, S. 32-33. Siehe auch Levits, in: Meissner, 1991, S. 139-140 und Matti Lukkari, Viron itsenäistyminen (Der Unabhängigkeitsprozeß in Estland), Keuruu 1996, S. 45-49.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Vardys, S. 235-236.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Ebenda, S. 240-245 und Dokumente S. 387-388.

John Kohan, Running out of gas? In: Time, April 30, 1990, S. 20-21.

Vardys, S. 249-253. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in den baltischen Republiken, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 4/1990, S. 334-335. Lisa Beyer, Why the Western Powers are right to tread carefully, in: Time, April 30, 1990, S. 23.

auch nicht alle wirtschaftlichen Verbindungen wiederhergestellt wurden und die politische Spannung andauerte. <sup>36</sup>

Inzwischen hatten sich Teile der russischen Minderheiten besonders in Estland und Lettland zu kommunistisch und nationalistisch geprägten "Interfronten" organisiert. Diese suchten Unterstützung in Moskau, um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu verhindern. Dennoch votierte bei den Wahlen 1989/90 ungefähr ein Viertel der Russen für Kandidaten der Volksfronten und hielt die Zugehörigkeit zur Sowjetunion für nicht so wichtig. Während der Krise um Litauen blieb die Lage in Lettland und Estland ziemlich ruhig. Das lettische Parlament erklärte am 4. Mai 1990 die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit, aber die sowjetischen Reaktionen waren diesmal nicht so schroff wie im Falle Litauens. Boris Jelzin besuchte zweimal Riga und ermahnte die Truppen der Sowjetarmee zur Zurückhaltung. 38

Auch die internationale Entwicklung in Europa verlief weiter friedlich. Die Emanzipation der ostmitteleuropäischen Staaten und Völker kam voran, und die Sowjetführung zeigte sich kompromißbereit. Das wichtigste Ereignis im Wandlungsprozeß war die Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990, die u.a. einen Vertrag über den Abzug der letzten Sowjettruppen aus Mitteleuropa mit sich brachte. Schon im September wurde der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossen. Der Partnerschaftsvertrag erregte in den baltischen Ländern und Polen große Besorgnis, da er viele ungute Erinnerungen an den berüchtigten Hitler-Stalin-Pakt weckte. Schon das Wort "Nachbarschaft" im Titel war für die Balten irritierend, weil Deutschland nur über das Baltikum und Polen Nachbar der Sowjetunion war. Auch die Garantie der "heutigen Grenzen" in Europa konnte man als indirekte Anerkennung der Sowjetunion als intakte Einheit - die baltischen Republiken inbegriffen - interpretieren. 40

Die Balten mußten im Sommer 1990 erleben, daß die diplomatischen Bemühungen der westlichen Mächte zuerst durch die Vereinigung Deutschlands in Anspruch genommen wurden und danach die Krise am Persischen Golf das Geschehen beherrschte. Andererseits war die innere Entwicklung in der Sowjetunion für die Erlangung der Souveränität der Sowjetrepubliken günstiger geworden. Die Russische Föderation mit Boris Jelzin als Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR erklärte sich im Juni 1990 für souverän in

Ludwig, 1991, 62-65. Die Bezeichnung "Interfront" war eine Kurzform für die "Internationale Front der Werktätigen zur Unterstützung der Umgestaltung".

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Vardys, S. 254-256.

Levits, in: Meissner, 1991, S. 180-190 und Dokument, S. 390-392, Dreifelds, 1996, S. 71-76 und Atis Lejins, Latvia, in: Axel Krohn (Hrsg.), The Baltic Sea Region, Baden-Baden, 1996, S. 43.

Siehe z.B. Karl Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte mit den wichtigen Dokumenten, Bergisch Gladbach 1991. Der Partnerschaftsvertrag wurde in Moskau am 13.9.1990 paraphiert und in Bonn am 9.11.1990 unterschrieben.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Siehe "Unsere Ressourcen abgezogen. Interview mit dem estnischen Sonderminister Endel Lippmaa", Der Spiegel, 42/1990, S. 200-202.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Ludwig, 1991, S. 70-72.

ihren Beziehungen zur Sowjetregierung. Die russische Souveränitätserklärung kam für Gorbatschow, der zwischen den konservativen Kommunisten und den nach Unabhängigkeit strebenden Republiken in eine Falle geriet, überraschend.<sup>42</sup>

Anfang Januar 1991 war die innenpolitische Situation in Litauen äußerst gespannt. Das sowjetische Militär und die Sondertruppen des Innenministeriums nutzten die Lage für die gewaltsame Besetzung einiger Punkte in Vilnius und eine Woche später in Riga. In der Nacht vom 12. auf den 13. Januar starben in Vilnius 15 Menschen, als sowjetische Panzer den Fernsehturm stürmten. In Riga wurden fünf Menschen von der sowjetischen Sonderpolizei OMON am 20. Januar getötet. Die brutalen Maßnahmen der Sowjetruppen lösten im Ausland scharfe Reaktionen aus, und den Balten wurde Unterstützung versprochen. Auch die deutsche Regierung verschärfte den Ton und verurteilte unter Berufung auf die KSZE-Regeln die Menschenrechtsverletzungen. Sehr bedeutend für die spätere Entwicklung war die Unterstützung der Balten durch Boris Jelzin. Während der Januar-Krise reiste Jelzin nach Tallinn, wo am 13. Januar 1991 Estland, Lettland, Litauen und Rußland ihre Bereitschaft erklärten, einander im Falle eines Angriffs von außen beizustehen. Das zielte auf eine mögliche sowjetische Aggression gegen das Baltikum ab.

Während des Moskauer Putschversuchs im August 1991 marschierten Einheiten der sowjetischen Luftlandedivision von Pskow nach Tallinn und begannen, die Stadt zu besetzen. Auch anderswo im Baltikum okkupierte die Armee wichtige Punkte. Nach dem Scheitern des Putsches in Moskau wurden alle militärische Maßnahmen schnell zurückgenommen. Nur wenige Tage nach dem Putschversuch erhielten alle drei baltischen Länder die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit. Entscheidend war wiederum die Stellungnahme Rußlands. Präsident Boris Jelzin hatte ja schon zuvor die baltischen Staaten als souverän und unabhängig anerkannt, und jetzt machte er keine neuen Vorbehalte. Die offizielle Anerkennung Estlands und Lettlands durch Rußland erfolgte am 24. August 1991, die EG-Staaten sprachen die Anerkennung der baltischen Staaten am 27. August aus, und die Vereinigten Staaten folgten am 2. September. So mußte endlich auch die Sowjetregierung die Unabhängigkeit der Balten akzeptieren, was am 6. September geschah. Viele praktische Fragen blieben jedoch ungelöst, darunter besonders die Zukunft der Sowjettruppen im Baltikum.

Die Haltung der westlichen Staaten gegenüber den neu befreiten baltischen Staaten war zunächst noch sehr vorsichtig. Die einfachste Maßnahme war die Herstellung diplomatischer Beziehungen und Aufnahme der Balten in die KSZE (10.9.1991) und die UNO (17.9.1991),

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Siehe z.B. John Dunlop, Russia: Confronting a loss of empire, in: Ian Bremmer - Ray Taras (Hrsg.), Nations and politics in the Soviet successor states, Cambridge University Press 1993, S. 48-57.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Vardys, 1991, S. 256-259 und Dreifelds, 1996, S. 77-78.

Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Bonn 15.1.1991. Siehe auch Gerhard Stoltenberg, Moskau muß wissen, daß fortgesetzte innere Gewalt außenpolitische Konzequenzen hat, in: Die Welt, 1.2.1991, und "Die Entwicklung im Baltikum abwarten". EG schiebt Hilfe für Sowjetunion auf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1991.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Levits, 1991, S. 196.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Dreifelds, 1996, S. 79 und Lukkari, 1996, S. 215-216.

aber viele andere praktische Schritte erfolgten zunächst nur zögernd. Die baltischen Staaten wurden nach wie vor als Teile der Sowjetunion behandelt, auch wenn sie formell für unabhängig erklärt und anerkannt worden waren. Für die Vereinigten Staaten war es wichtig, daß die sowjetischen Nuklearwaffen und andere Nukleartechnologie keine Bedrohung bildeten. Daher lag den Amerikanern an guten Kontakten zur sowjetischen Zentralregierung in Moskau und an einer garantierten Kontrolle des Kernmaterials. Auch die deutsche Regierung war sehr vorsichtig gegenüber den Balten. Es gab damals noch ungefähr 300.000 russische Soldaten in Ostdeutschland, und viele politische Verträge und wirtschaftliche Kooperationsinitiativen regelten die deutsch-russischen Beziehungen.

Die Frage der Rückkehr der russischen Truppen aus dem Baltikum war schwierig, weil die russische Regierung außer dem Wohnungsmangel in Rußland auch die Minderheitsprobleme in den baltischen Ländern damit verband. Im ersten Jahr der Unabhängigkeit zogen sich nur wenige russische Truppen aus dem Baltikum in die Heimat zurück. In den baltischen Ländern gab es im Sommer 1992 noch 100.000-130.000 russische Soldaten, aber der Abzug ging weiter, so daß im nächsten Jahr die Zahl schon auf 40.000-50.000 sank.<sup>47</sup>

In Litauen gab es nicht so gravierende Probleme in bezug auf die russische Minderheit wie in Estland und Lettland, daher war eine Vereinbarung über den Abzug schneller zu erreichen. Die litauische Regierung hatte auch einige erleichternde Maßnahmen getroffen, indem sie zum Beispiel die Nutzung der Hafenanlagen in Klaipeda für die aus Deutschland heimkehrenden Truppen anbot. Bis Ende August 1993 zogen die letzten russischen Truppen aus Litauen ab, und sie verkauften dabei ziemlich viel Ausrüstung an die neue litauische Armee, die nicht so unwillig war, russisches Gerät zu gebrauchen, wie die Esten und Letten. Es war auch wichtig für die Russen, die freie Zufahrt nach Kaliningrad durch Litauen zu sichern. <sup>48</sup>

Militärstrategisch wichtig und für Rußland schwieriger zu ersetzen waren besonders die Flottenstützpunkte in Liepaja in Lettland und Paldiski in Estland. Sie waren auf U-Boot-Ausbildung und -Wartung spezialisiert. Letztendlich gaben die Russen sie aber ohne große Streitigkeiten an die baltischen Staaten zurück. Ein Grund dafür dürfte das Sparprogramm gewesen sein, denn das Verteidigungsministerium wollte besonders bei der Marine die Kosten verringern, und die Ostsee war nicht mehr von erstrangiger strategischer Bedeutung.<sup>49</sup>

Die Vollendung des baltischen Befreiungsprozesses erfolgte eigentlich erst im August 1994, als die letzten russischen Truppen aus Estland und Lettland heimkehrten. Nur eine russische militärische Installation, die Frühwarnradaranlage im lettischen Skrunda, wird bis Ende August 1998 in Betrieb bleiben. Etwa 900 russische Militärs und Spezialisten sollen dort arbeiten, und die OSZE hat das Mandat, die vertraglichen Regelungen zu überwachen. <sup>50</sup>

-

Dzintra Bungs, Progress on Withdrawal from the Baltic States, in: RFE/RL Research Report Bd. 2, Nr. 25, 18.6.1993, S. 50-59.

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Ebenda, S. 57-58.

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Pavel Baev, The Russian Army in Time of Troubles, PRIO - Sage, London 1996, S. 96 und 162-165.

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Siehe Leiins, 1996, S. 46-47.

#### 4. Die Lage im Ostseeraum

Die heutige Sicherheitslage im Baltikum hängt stark von der Entwicklung in Rußland ab, und diese ist ein Bestandteil der europäischen Gesamtlage oder sogar der Weltlage,<sup>51</sup> da Rußland nach wie vor ein großes Areal mit riesigen Naturschätzen und die von der Sowjetunion ererbten reichen Vorräte an Nuklearwaffen besitzt. Sie stellen eine doppelte Gefährdung für die Außenwelt dar: zum einen durch das Potential für unkontrollierte Proliferation und zum anderen als Rußlands letzte effektive Abschreckungswaffe und Großmachtsymbol.<sup>52</sup> Im europäischen Kontext ist die Lage im Ostseeraum eine Summe von vielen Faktoren, die auf die baltischen Staaten starken Einfluß haben, aber auf die die Balten nur begrenzt einwirken können. Ein Sonderproblem in dieser Hinsicht ist die russische Exklave Kaliningrad, die als Gradmesser des politischen Klimas in der Ostseeregion anzusehen ist.

#### 4.1 Europäische Szenarien

Die KSZE-Staaten unterschrieben im November 1990 die Charta von Paris für ein neues Europa, die viele westlich-liberale Grundwerte für allgemein gültig erklärte. Die Charta von Paris galt dabei als ein Friedensvertrag des Kalten Krieges und enthielt sicherheitspolitisch wichtige Prinzipien wie friedliche Konfliktbeilegung, Solidarität gegen Aggression, kontrollierte Abrüstung sowie gerechte Behandlung aller Völker und insbesondere der Minderheiten. Aber schon im folgenden Jahr versagte die KSZE bei der Bewältigung der Jugoslawien-Krise auf der ganzen Linie, was sich fatal auf ihre Glaubwürdigkeit besonders im östlichen Europa auswirkte und auch das Vertrauen in die regionalen kollektiven Sicherheitsinstitutionen zerstörte. <sup>53</sup> Für die Balten war schon die halbherzige Unterstützung oder vollständige Ignorierung - ihrer Unabhängigkeitsbemühungen während der Pariser Konferenz sehr deprimierend gewesen. <sup>54</sup>

Auf der Basis der Pariser Charta der KSZE entstanden während der folgenden Jahre viele Foren, und auch ältere Organisationen veränderten ihre Tätigkeit nach deren Prinzipien. Es ist jedoch fraglich, ob die große Anzahl der Institutionen zur Kooperation und Konfiktlösung wirklich optimal ist, oder ob es nicht besser wäre, lockere Netzwerke und *ad-hoc-*Koalitionen zu bilden. Die Institutionen können auch als Vorwand für Untätigkeit dienen, wenn die Staaten aufgrund unterschiedlicher nationaler Interessen in einer Krise nur zurückhaltend agieren wollen. Eine erfolgreiche Tätigkeit der Institutionen hängt von der allgemeinen Entwicklung der Lage ab. Für Regionen wie den Ostseeraum und das Baltikum, die in der

Zu den geopolitischen Rahmenbedingungen für die Lageentwicklung in Europa und im Ostseeraum siehe z.B. Heinz Brill, Dimensionen der Sicherheitspolitik aus geopolitischer Sicht nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/1996, S. 519-528.

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Siehe z.B. Baev, 1996, S. 41-46.

Europäische Sicherheit - Europäische Instabilitäten, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 1993, S. 16-18 und 55-59.

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Lejins, 1996, S. 43-44.

<sup>55</sup> Siehe Philip Zelikow, The Masque of Institutions, in: Survival, Bd. 38, 1996, Nr. 1, S. 6-18.

Zwischenzone der größeren geopolitischen Räume sich befinden, ist es entscheidend, welches von den alternativen Entwicklungsmodellen tatsächlich verwirklicht wird.

Für die politische Entwicklung in Europa und relevant für den Ostseeraum kann man folgende drei Szenarien entwerfen:

- 1. Europa der fortschreitenden Integration: Die Europäische Union wird nach dem "Masterplan" von Maastricht vertieft und erweitert. Möglicherweise wird es zwar verschiedene Kreise oder Geschwindigkeiten der Integration geben, aber die westlichen Werte, besonders Demokratie, Menschenrechte und Freihandel, werden auf jeden Fall vom Westen nach Osten exportiert, um eine Zone der Stabilität und Sicherheit zu bilden. Die NATO-Osterweiterung kann parallel zur EU-Erweiterung stattfinden. <sup>56</sup> In der Sicherheitspolitik werden allgemein die Prinzipien der kollektiven Sicherheit befolgt. Dieses Modell diente als Grundlage für die Stabilisierungspolitik und schien zuerst auch von Rußland akzeptiert zu werden, stieß dann aber zunehmend auf praktische Probleme, so daß besonders die Zeitpläne immer unsicherer geworden sind. <sup>57</sup>
- 2. Europa der Blöcke: Die Europäische Union (mit oder ohne WEU/NATO) entwickelt sich zu einer exklusiven "Festung Europa", und als Reaktion darauf wird sie im Osten immer mehr als Gegner gesehen. Rußland will aus den GUS-Staaten einen Gegenblock oder ein echtes russisches Imperium bilden, und demzufolge ähnelt die Situation den Zeiten des Kalten Krieges oder der Politik des "cordon sanitaire" nach dem Ersten Weltkrieg. Der Kalte Krieg an sich kann nicht zurückkehren, da er ein besonderes Phänomen der Nachkriegszeit war. Rußland hat nicht einmal genügend Ressourcen für eine solche expansive und ideologisierte Strategie, die seinerzeit kennzeichnend für die Sowjetunion war. Klar ist auch, daß an der Demarkationslinie die Wahrscheinlichkeit von Krisen erhöht wäre. So
- 3. *Modell der klassischen europäischen Großmachtpolitik:* Deutschland in der Mitte, Großbritannien und Frankreich im Westen sowie Rußland im Osten. Die Großmachtpolitik kann entweder nach dem "Konzert-Modell" (wie nach dem Wiener Kongreß während des 19. Jahrhunderts) praktiziert werden oder im Rahmen einer Politik der Machtbalance (*balance of power*). In diesem Modell können die Großmächte natürlich auch kleinere Gruppierun-

<sup>57</sup> Über die Schwierigkeiten in der Sicherheitspolitik siehe z.B. Josef Joffe, Collective Security and the Future of Europe: Failed Dreams and Dead Ends, in: Survival, Bd. 34, 1992, Nr. 1, S. 36-50. Über die russische Entwicklung siehe u.a. Sergounin, 1996, S. 107-115.

-

Das Modell und seine kritischen Punkte werden ausführlich dargestellt in Mathias Jopp, The Strategic Implications of European Integration, Adelphi Paper 290, IISS, Juli 1994, S. 3-30.

Vgl. den Vorschlag von Zbigniew Brzezinski, nach dem der Westen das Machtvakuum im östlichen Mitteleuropa schnell ausfüllen sollte. Dabei müßten die Westmächte Rußland hinter seine natürlichen Grenzen zurückdrängen, indem sie die NATO nach Polen erweitern und die Ukraine gegen Rußland unterstützen. Siehe Die übereilte Partnerschaft, in: Europa Archiv, 5/1994, S. 123-131.

Dies sagt nichts darüber aus, von welcher Seite die Eskalation ausgeht. Sie könnte nach dem Muster Aktion-Reaktion erfolgen, sowie es zu Beginn des Kalten Krieges der Fall war. Der Krieg in Tschetschenien hat ebenso eskalierend gewirkt wie andererseits der Plan der NATO-Osterweiterung. Siehe z.B. Gerhard Wettig, Umstrittene Grundlagen der Sicherheit in Europa, in: Außenpolitik, 1/1995, S. 40-50.

gen von Satelliten um sich bilden. Die Möglichkeiten für eine Entwicklung dieser Art würden steigen, soll die Integrationspolitik scheitern oder eine Krisenentwicklung eskalieren. Es wäre jedoch übertrieben, dieses Modell als ein Katastrophenszenario für Europa zu sehen.<sup>60</sup>

Eine Variation des Großmachtmodells ist ein Europa der geopolitischen Regionen, aufgeteilt wie folgt: das historische Mitteleuropa um Deutschland, Südeuropa (Mittelmeereuropa südlich der Alpen), Westeuropa (atlantisches Europa), Nordeuropa und Osteuropa. Geopolitisch hat sich Europa nach dem Ende der Ost-West-Teilung in diese Richtung entwickelt, und diese Entwicklung rivalisiert mit den aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Strukturen, namentlich der NATO, der EG/EU und der WEU. Trotzdem bedeutet dies nicht unbedingt eine Rückkehr in die Geschichte, sondern kann auch als natürliche Entwicklung der Regionalisierung verstanden werden. In der Geschichte sind die Zwischenzonen der geopolitischen Räume oft Plätze heftiger Gegensätze geworden. Neben dem Balkan ist das Baltikum eine solche Zwischenzone und somit immer wieder krisenanfällig.

#### 4.2 Aussichten für Kooperation im Ostseeraum

Es gibt aber auch neue Faktoren, die zur Stabilisierung der Lage beitragen können. Diese Faktoren sind vor allem mit der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten verbunden. Es existieren inzwischen zahlreiche Institutionen und Strukturen der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Schon während des Kalten Krieges erkannte man es als wichtig, eine blockübergreifende Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu entwickeln. Die Helsinki-Konvention (HELCOM) von 1974 hat viel für den Schutz der maritimen Umwelt getan, aber für eine wirkliche Verbesserung des Zustandes der Ostsee sind eine immer engere Zusammenarbeit und bindende Regelungen erforderlich. HELCOM ist ein Beispiel für praktische Kooperation, ebenso wie das Programm *Healthy Cities*, das besonders die kommunale Infrastruktur einiger größerer Städte an der Ostsee betrifft.<sup>61</sup>

Zur Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und zur Förderung der Demokratie und Marktwirtschaft wurde in Kopenhagen im März 1992 der Rat der Ostseestaaten gegründet. Der Ostseerat ist ein zwischenstaatliches Forum für Konsultation, ebenso wie der bald danach gegründete Rat der Barentsseestaaten im Norden. Mitglieder des Ostseerats sind von Anfang an Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rußland, Schweden und die Europäische Union gewesen. Island schloß sich 1995 an. Der Rat veranstaltet jährlich Ministertagungen und Fachtagungen verschiedener Art.<sup>62</sup> Neben den Minister-

Die Organisation der Vereinten Nationen ähnelt eigentlich mehr dem Konzert-Modell als der kollektiven Sicherheit, weil fünf permanente Großmächte des UN-Sicherheitsrats im Konsens Beschlüsse fassen müssen. Vgl. Philip Zelikow, The New Concert of Europe, in: Survival, Bd. 34, 1992, Nr. 2, S. 12-30.

<sup>&</sup>lt;sup>61</sup> Über die funktionale Zusammenarbeit, siehe Susanna Perko, Verkostojen Itämeri (Ostsee der Netzwerke), Tampere 1995, S. 37-66.

Council of the Baltic Sea States, Special issue of the CBSS Monitor, Tallinn 1994; Axel Krohn, Eine neue Sicherheitspolitik für den Ostseeraum, Opladen 1993, S. 11-12 und Perko, 1995, S. 82-88.

tagungen des Ostseerats wurde im Mai 1996 zum ersten Mal eine Konferenz der Regierungschefs in Visby veranstaltet. Dafür hatte die Europäische Kommission ein umfassendes Programm vorbereitet, das ähnlich wie das Mittelmeer-Programm der EU vornehmlich auf die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage im östlichen Ostseeraum zielte. Die Konferrenz diskutierte über grenzübergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität und der Umweltverschmutzung im Ostseeraum.

Der Nordische Rat (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) hat seinen Tätigkeitsbereich auch über die Ostsee ausgedehnt, aber trotz vieler Empfehlungen sind die baltischen Staaten nicht als Vollmitglieder in den Rat aufgenommen worden. Der Nordische Rat arbeitet vorwiegend auf kulturellem und sozialpolitischem Gebiet, aber auch sicherheitspolitische Konsultationen standen während der letzten Jahre auf der Tagesordnung. Der Baltische Rat, zu dem Estland, Lettland und Litauen gehören, ähnelt in seiner Tätigkeit prinzipiell dem Nordischen Rat, aber die Organisation einer effektiven Zusammenarbeit zwischen den baltischen Ländern gestaltet sich noch immer schwierig.<sup>64</sup>

Es gibt auch zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Initiativen und Programme, die zumeist einen sondierenden Charakter haben. Eine der ersten Ideen nach dem Kalten Krieg war, die alte Hanse wieder zum Leben zu erwecken. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein war hier neben einigen finnischen Organisationen zuerst aktiv, 65 aber sonst zeigten die Deutschen kaum starkes Interesse an der Ostseeregion. 66 Es braucht vielleicht noch lange Zeit, bis Deutschland wieder ein echtes Ostseeland ist. Vielleicht wird sich nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin der Schwerpunkt der Politik ein wenig mehr in Richtung Ostsee verlagern. Möglicherweise hat auch der historische Name Hanse im Ostseeraum nicht nur positive Erinnerungen geweckt, und so ist es um die Idee beinahe still geblieben.

Das *Pro Baltica Forum* ist ein in erster Linie wirtschaftliches Kooperationsforum, das auf der Basis finnisch-deutscher Initiativen die Entwicklung in den baltischen Staaten fördert. Das Forum organisiert jährlich viele Seminare und Ausbildungsprogramme für Balten und verbreitet Informationen über die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Baltikum.<sup>67</sup> Ein Beispiel für praktische Projekte ist die Straße Via Baltica, die von Helsinki über Tallinn durch das Baltikum nach Polen läuft. Die Straße an sich ist in relativ gutem Zustand, aber es hat einige Schwierigkeiten an Grenzübergängen, besonders an der litauisch-polnischen Grenze, gegeben. Das Projekt Via Baltica läßt aber auch die Rivalitäten erkennen, die im Ostseeraum

<sup>63</sup> Siehe Gunnar Lassinantti, Foreword, in: Visions of European security, Stockholm 1996, S. 12.

Siehe z.B. das Interview des estnischen Außenministers Siim Kallas, in: Monthly Survey of Baltic and Post-Soviet Politics, November 1995, Tallinn Sakala Center, S. 50-53.

Ole Waever - Pertti Joenniemi, Region in the Making. A Blueprint for Baltic Sea Politics, in: Christian Wellmann (Hrsg.), The Baltic Sea Region: Conflict or Cooperation?, Hamburg 1992, S. 38-40.

<sup>66</sup> Siehe Peer Lange, Eine verkannte Herausforderung - Deutschland und die Neuordnung der Sicherheit im Ostseeraum, in: Burkhard Auffermann/Pekka Visuri (Hrsg.), Nordeuropa und die deutsche Herausforderung, Baden-Baden, 1995, S. 157-168 und Axel Krohn, Germany, in: Axel Krohn (Hrsg.), The Baltic Sea Region, Baden-Baden, 1996, S. 97.

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> Pro Baltica Forum, Report on operations 1995.

zwischen Staaten und Subregionen herrschen. Die Staaten der westlichen Ostseeseite haben kein Interesse an einer bedeutenden verkehrsmäßigen Alternative an der Ostseite des Meeres, d.h. im Baltikum, und es gibt auch allerlei Reibungen in der Kooperation zwischen einzelnen baltischen Ländern und Polen, was die Vollendung der Projekte verlangsamt.<sup>68</sup>

Die sicherheitspolitische Bedeutung einer funktionierenden Zusammenarbeit im Ostseeraum ist ohne Zweifel erheblich. Nach dem Kalten Krieg sind die Voraussetzungen besser geworden, was in zahlreichen Initiativen und Programmen zu sehen ist, aber andererseits muß man die großen Unterschiede im Lebensstandard zwischen den Ländern westlich und östlich der Ostsee beachten. Deutliche Unterschiede im Lebensstandard gibt es jetzt auch zwischen den baltischen Ländern einerseits und ihren Nachbaren, den GUS-Staaten Rußland und Belarus andererseits. Gute Zusammenarbeit im Ostseeraum Selbstverständlichkeit.<sup>69</sup> Tatsache ist auch, daß die ökonomische Konkurrenz zwischen Staaten hart geworden ist und sie somit die Kooperation behindert, aber das gehört zur Natur der freien Wirtschaft. Letztendlich hängt das Gelingen der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit vor allem von der Entwicklung der allgemeinen politischen Lage in Europa ab, und hier wiederum von den Beziehungen zwischen den Westmächten und Rußland.

#### 4.3 Militärische Kapazitäten

Während des Kalten Krieges war die Ostsee zunächst eine Flankenzone der Sowjetunion und des Warschauer Pakts, aber sie war auch eine Nachschubroute für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR und ein mögliches Ausfalltor der Sowjetunion zu den Weltmeeren. Dazu hätte die sowjetische Ostseeflotte jedoch versuchen müssen, gewaltsam durch die dänischen Meerengen in den Atlantik zu gelangen, was nur mit Hilfe einer großen Landoffensive durch Norddeutschland nach Jütland und auf die dänischen Inseln möglich gewesen wäre. Worum es der Sowjetunion ging, war eine schnelle Vorwärtsverteidigung gegen die amerikanischen Reserven und den Nachschub über den Atlantik, bevor diese Europa erreichten. Für die NATO war die Ostsee auch eine Kampfzone der Marine und Luftwaffe für Flankenangriffe gegen sowjetische Streitkräfte im Baltikum.<sup>70</sup>

Die nordischen Länder schätzten die Lage in der Ostsee nicht als besonders ernst ein. Die nördlichen Gebiete am Eismeer hatten sehr viel mehr Konfliktpotential als die Ostsee, die so klar von der Sowjetunion beherrscht war. Demzufolge war auch die Sicherheitspolitik der nordischen Länder gegen Ende des Kalten Krieges mehr nach Norden konzertriert.<sup>71</sup> Nur die

Als Zusammenfassung der internationalen Tagung "Towards a common Baltic security" in Visby 29.-31.8. 1996 sagte der Vorsitzende Bo Huldt, daß in der Diskussion mehr trennende als verbindende Aspekte dargestellt worden seien.

<sup>&</sup>lt;sup>68</sup> Siehe Perko, 1995, S. 104-106.

Nordeuropa, Ausfalltor der Sowjetunion zu den Weltmeeren, Deutsches Marine-Institut, Herford 1985, s. 18-60.

<sup>&</sup>lt;sup>71</sup> Siehe z.B. Falk Bomsdorf, Sicherheit im Norden Europas, Baden-Baden 1989.

U-Boot-Vorfälle in Schweden erinnerten an die fortdauernde oder sogar wachsende militärische Bedeutung der Ostsee.<sup>72</sup>

Die militärischen Kapazitäten im Ostseeraum sind allgemein reduziert worden, nachdem die sowjetischen und russischen Truppen nach Osten abgezogen wurden. Anderserseits haben die Kräfte der NATO sowie Schwedens und Finnlands ihre Stärke nicht erhöht. Das bedeutet, daß im Baltikum ein militärisches Machtvakuum entstanden ist. Die ständigen NATO-Kräfte im Ostseeraum (Dänemark und Norddeutschland) umfaßten 1989 ungefähr 70.000 Soldaten, während der Warschauer Pakt (Sowjettruppen in Deutschland und im Baltikum, polnische Truppen sowie NVA der DDR) an der Ostsee etwa 400.000 Soldaten hatte. Die sowjetische Ostseeflotte war mit 47 großen und 155 kleineren Schiffen sowie 47 U-Booten der NATO zahlenmäßig weit überlegen, aber die NATO war dennoch in der Lage, die dänischen Meerengen, wo die Kräfte ziemlich ausgeglichen waren, gut zu verteidigen.<sup>73</sup>

Die militärischen Kapazitäten im Ostseeraum sind auch nach dem Ende des Kalten Krieges noch ziemlich groß geblieben. Die allgemeine Tendenz ist jedoch fallend, das gilt auch für die Flotten, u.a. auch für die russische Ostseeflotte, die große Schwierigkeiten hat, Übungen abzuhalten. Auch der Bau neuer Kriegsschiffe ist in Rußland fast völlig eingestellt worden. 1995 betrugen die russischen Landstreitkräfte im Gebiet Kaliningrad ungefähr 24.000 Mann in drei Divisionen mit 870 Kampfpanzern, 980 anderen gepanzerten Fahrzeugen, 410 Artilleriegeräten und 52 Kampfhubschraubern. Die russischen Truppen im Leningrader Militärbezirk hatten (1995) 87.000 Soldaten in sechs motorisierten Schützendivisionen und drei Brigaden mit 950 Kampfpanzern und 1.600 anderen Panzerfahrzeugen, 1.000 Artilleriegeräten und 80 Kampfhubschraubern. Dazu kommen erhebliche Luftstreitkräfte. 100.000 Mann relativ schnell an die Ostsee gebracht werden. Die Ostseeflotte hatte 23 größere und 65 kleinere kampffähige Schiffe oder Kampfboote sowie 9 U-Boote.

Es würde mindestens einige Jahre dauern, bevor die Russen zu einer Großoffensive im südlichen Ostseeraum vorbereitet wären, sofern sie aus irgendeinem Grund derartige Absichten hätten. Die militärische Gesamtkapazität Rußlands dürfte heute höchstens ein Drittel der Kapazität der Sowjetunion betragen, bei weiter abnehmender Tendenz. So ist zum Beispiel die Waffenproduktion beinahe eingestellt worden, und die Qualität des Personals hat sich verschlechtert. Der Anteil der Militärausgaben ist von ca. 15 Prozent in der Sowjetzeit auf heute 5 Prozent des Nationalprodukts gesunken, und dabei beträgt das russische

-

Niehe Katarina Brodin, Die Nordflanke Europas aus schwedischer Sicht, in: Nordeuropa, Ausfalltor... 1985, S. 105-131.

Die Angaben basieren hauptsächlich auf The Military Balance 1989-1990, IISS, London 1989.

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Siehe n\u00e4her Mikko Viitasalo - Bo \u00dOsterlund, The Baltic - Sea of Changes, Finnish Defence Studies 9, Helsinki 1996.

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Ebenda. Siehe auch The Military Balance in Northern Europe 1995-1996, Oslo 1996, S. 5-6 und 27.

The Military Balance 1995-1996. Siehe auch Vladimir Baranovsky, Russia, in: Krohn, 1996, S. 176.

Bruttosozialprodukt schätzungsweise nur 37 Prozent von der Gesamtproduktion der ehemaligen Sowjetunion.<sup>77</sup>

Die Landstreitkräfte der NATO im Ostseeraum sind dem Kommando BALTAP/AFCENT (in Dänemark) und Seestreitkräfte dem Kommando AFNORTHWEST (in Südengland) unterstellt. 1995 hatten die Landstreitkräfte des Kommandos BALTAP eine Friedenstärke von etwa 40.000 Mann, und die direkt verfügbaren Marineeinheiten betrugen etwa 16 größere und 80 kleinere Schiffe sowie 25 U-Boote. 78 Die NATO ist in der Lage, innerhalb einer Woche Verstärkungen ähnlicher Größenordnung an die Ostsee zu schicken. Die Kampfbereitschaft und Qualität der Truppen ist heute in der NATO eindeutig besser, außerdem sind die polnischen Truppen von etwa 250.000 Mann im Grunde genommen ebenfalls schon der NATO-Seite zuzurechnen.<sup>79</sup>

Die Streitkräfte der baltischen Staaten haben zusammen etwa 16.000 Soldaten in 13 Kampfbataillonen mit ähnlich starken mobilisierbaren Reserven und zusätzlichen Miliztruppen. Sie besitzen einige Panzerfahrzeuge, aber praktisch keine Artillerie und Luftverteidigung. Die kleinen baltischen Marineeinheiten dienen zur Überwachung der Territorialgewässer und haben keine reale Kampffähigkeit. Die Stärke der Grenzschutztruppen beträgt insgesamt ungefähr 10.000 Mann.<sup>80</sup>

Schweden hatte 1995 ständige Streitkräfte von 64.000 Soldaten und dazu Reserven von etwa 700.000 Personen. Die Ausrüstung ist gut, so gibt es 280 Kampfpanzer und 800 andere Panzerfahrzeuge, 650 Feldartilleriegeschütze, 390 Kampfflugzeuge, 13 U-Boote und 41 andere Schiffe oder Kampfboote.81

Die finnischen Streitkräfte haben etwa 31.000 aktive Soldaten und 500.000 Mann Reserve, sie sind bewaffnet mit 230 Kampfpanzern und 800 anderen Panzerfahrzeugen, 1.300 Feldartilleriegeschützen, 108 Flugzeugen und 30 Kriegsschiffen bzw. Kampfbooten.<sup>82</sup>

Gemäß der am 31. Mai 1996 vereinbarten Neuinterpretation des im November 1990 zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt geschlossenen Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa dürfen die russischen Truppen jetzt mehr Ausrüstung als bisher haben. Das Gebiet Pskow wurde von den Flankenquoten ausgenommen, und der Vertrag gestattet jetzt den Russen, dort 600 zusätzliche Panzerfahrzeuge zu stationieren. Die russischen Streitkräfte können in Zukunft etwa dreimal mehr Bewaffnung an der estnischen und lettischen Grenze haben als im ursprünglichen Vertrag vorgesehen.<sup>83</sup>

Dmitri Trenin, Russia's Military Resources, in: Vogel/Schröder, 1996, S. 57-65.

<sup>78</sup> Etwa wie die Gesamtstärke der deutschen und dänischen Seestreitkräfte nach The Military Balance 1995-1996.

Siehe Halina Ognik, Poland, in: Krohn, 1996, S. 130-134.

<sup>&</sup>lt;sup>80</sup> The Military Balance 1995-1996. Vgl. auch Lejins, 1996, S. 55-56 und Baranovsky, 1996, S. 173.

The Military Balance 1995-1996.

<sup>&</sup>lt;sup>83</sup> "More weapons on Baltic Border", Transition Bd. 2, Nr. 14, 12.7.1996, S. 67.

Aufgrund der Truppenstärken und Entwicklungsprogramme der Streitkräfte darf angenommen werden, daß nach wie vor ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte besteht. Deutschland hat seine Streitkräfte sehr zurückhaltend an die Ostsee vorgeschoben und plant weitere Reduzierungen sowohl der Gesamtstärke der Truppen (von etwa 370.000 auf 340.000 Mann) als auch des künftigen Militäretats. Die Marine beabsichtigt ihre Stützpunkte im Wesentlichen an der Nordsee oder bei Kiel zu belassen. Him Falle einer ernsten Krise im Ostseeraum kann die NATO ihre maritimen Kräfte leicht verstärken und ist auch in der Lage, beinahe die ganze Ostsee zu kontrollieren. Rußland kann jedoch Seemanöver abhalten und die Verbindungsrouten der NATO in der Ostsee effektiv stören, allerdings bräuchte es dazu auch die Küstengebiete des Baltikums, wenngleich das keine unabdinbare Voraussetzung ist. Jedenfalls wären die Territorien der baltischen Staaten, wenn sie unter gegnerischer Kontrolle ständen, für Rußland im Krieg sehr gefährlich.

Besonders problematisch ist für die Russen die Verteidigung der Exklave Kaliningrad. Dort befinden sich ziemlich starke Truppen (24.000 Soldaten in drei reduzierten Armeedivisionen) sowie Teile der Ostseeflotte mit Fliegertruppen,<sup>85</sup> aber das Gebiet ist relativ klein für Militäroperationen und weit vom russischen Kernland entfernt. Im Falle eines Krieges oder schon in einer ernsten Krise wäre es für Rußland beinahe ein strategischer Zwang, die Verbindungslinien nach Kaliningrad effektiv zu sichern, was in der Praxis eine Eroberung baltischer Gebiete bedeuten würde. Darum hat das Gebiet Kaliningrad als russischer Militärstützpunkt ein erhebliches Krisenpotential und stellt eine schwere Belastung für die Entwicklung in der gesamten Ostseeregion dar.<sup>86</sup>

#### 4.4 Die Interessen der Ostseeanrainer

Das gegenwärtig wichtigste sicherheitspolitische Unternehmen in Europa ist die ins Auge gefaßte Osterweiterung der NATO. Sie beeinflußt alle strategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen und läßt keine sicheren Prognosen zur Lage im Ostseeraum zu. Von ähnlicher Bedeutung und schwer abzuschätzen ist auch das Problem der Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. Alle Anrainerstaaten der Ostsee müssen ihre Interessen im Zusammenhang mit diesen Initiativen und deren Folgen definieren. Ohne Zweifel ist es die aufrichtige Absicht aller interessierten Seiten, die Ostseeregion außerhalb einer möglichen neuen Blockbildung zu halten, aber die Erweiterung der westlichen politisch-militärischen Einflußzone nach Osten wird in Rußland auf strikte Ablehnung stoßen. Unabhängig von den

Nach dem Plan Marine 2005 (oder Flotte 2005). Siehe Axel Krohn, 1996, S. 106-110 und Viitasalo - Österlund, 1996, Appendix 6. Vgl. auch die künftige Betonung der Krisenreaktionsfähigkeit im Artikel von Hans-Joachim Mann, Künftige Rolle und Aufgabe der deutschen Marine, in: Europäische Sicherheit, 4/1994, S. 161-163.

Siehe die früher gemeinten näheren Zahlen und Baranovsky, 1996, S. 174-177.

Über die Bedeutung des Gebiets (Oblast) Kaliningrad siehe Peer Lange, Das Gebiet Kaliningrad - Wegscheide für Rußlands politische Strategie, in: Europa-Archiv, 10/1993, S. 289-298. Siehe auch: Ingmar Oldberg, Kasern, handelsplats eller stridsäpple - Kaliningradområde, Antekningar från Östgruppen, FOA, Stockholm 23.3.1995, S. 3-16; Christian Wellmann, Russia's Kaliningrad Exclave at the Crossroads, in: Cooperation and Conflict, Bd. 31, Nr. 2, 2.6.1996, S. 161-183 und Baranovsky, 1996, S. 174-177.

gut gemeinten Zielen der westlichen Erweiterungspläne müssen wir auch die negativen Folgen sorgfältig studieren, denn die Ostsee ist in dieser Hinsicht ein sehr empfindliches Gebiet.

Daß beabsichtigt ist, die westeuropäische und euro-atlantische Integration, nach Osten auszuweiten, ist allgemein bekannt. Pie Stabilisierung der politischen Lage im östlichen Europa durch Ausweitung der liberalen Demokratie und der freien Marktwirtschaft hat eine hohe Priorität und ist auch ein unbestrittenes Ziel, aber die Frage "wie und unter welchen Bedingungen?" ist komplizierter. Ist ein Militärbündnis wirklich die beste Antwort auf eigentlich innenpolitische und wirtschaftliche Probleme, oder wären nicht "zivile" Maßnahmen besser? Warum sollten die Europäer die guten Ideen der Ost-West-Zusammenarbeit aufgeben, um übereilte amerikanische Erweiterungsvorschläge zu akzeptieren? Solche Fragestellungen sind für die Lagebeurteilung im Ostseeraum wichtig, weil die NATO dabei als effektives Militärbündnis erhalten bleiben will, das die gemeinsame Verteidigung der Mitglieder als "Kernfunktion" behält.

Als Ziel der NATO-Osterweiterung ist, vor allem in den baltischen Ländern selbst, die Suche nach einem besseren Schutz vor Rußland genannt worden. Die Regierungen der baltischen Staaten haben ganz offen und ohne Vorbehalte ihre Absicht geäußert, von der NATO gerade militärische Schutzgarantien gegen Rußland zu bekommen. Auch in praktischen Maßnahmen ist eine solche Orientierung klar zu sehen. Zwar gibt es zwischen den baltischen Staaten einige kleinere Unterschiede in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die im folgenden Kapitel näher geschildert werden sollen, aber prinzipiell ist die Linie der Balten sehr einheitlich.

Die Interessen Rußlands sind klar gegen die Osterweiterung der NATO und insbesondere gegen die Mitgliedschaft der baltischen Staaten gerichtet.<sup>91</sup> Da die Russen die Erweiterung aber nicht völlig verhindern können, werden sie sich möglicherweise zu einem Kompromiß gezwungen sehen, was aber nicht ihren grundsätzlichen Widerstand mildert und viele

Siehe die Artikelserie in Survival, Bd. 37, Nr. 1, Frühjahr 1995 und Study on NATO Enlargement, Brussels, September 1995. Über die Gründe und Probleme siehe auch Karl Feldmeyer, Europa mit Rußland, Europa gegen Rußland, eine Frage für alle und deshalb für keinen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.1994.

Eine typische Aussage in dieser Hinsicht stammt vom dänischen Verteidigungsminister Hans Hækkerup: "NATO will enlarge. We want to share with the rest of Europe the stability of the trans-Atlantic community. Together with the enlargement of the EU, this will be the most important peace project in the coming years." In: Visions of European security, 1996, S. 141. Siehe auch "Die NATO als Stabilisierungsanker", Interview mit Karsten Voigt, in: Europäische Sicherheit, 8/1996, S. 6-7.

Siehe z.B. Karl-Heinz Kamp, The Folly of Rapid NATO Expansion, in: Foreign Policy, Nr. 98, Frühjahr 1995, S. 116-129.

Siehe Study on NATO Enlargement, 1995, S. 15.

Siehe z.B. Baranovsky, 1996, S. 177-182. Nach Aleksei Arbatov widersetzen sich namentlich die Liberalen in Rußland der NATO-Osterweiterung, weil sie Rußland vom Westen isolieren würde, und nur die konservativen Nationalisten befürworten sie ("The extreme hardliners are the only ones in Russia who actually look forward to NATO enlargement"). Siehe Aleksei Arbatov, The future of European security: Split or unity?, in: Visions of European security, 1996, S. 240.

strategische Bedenken fortbestehen läßt. Diese Gegensätze können eventuell zu einer neuen Blockbildung, in ein "Europa des kalten Friedens" führen.

Polnische Politiker und Wissenschaftler haben als Grund für eine schnelle Integration in die NATO und EU/WEU neben der Stabilisierung der Gesellschaft auch die potentielle russische Bedrohung ins Feld geführt. Besonders wird auf die militärisch starke Exklave Kaliningrad verwiesen. Die polnische Regierung hat auch "regionale Tische" in der OSZE und im Europäischen Stabilisierungspakt für Verhandlungen über die Sicherheit im Ostseeraum befürwortet. 92

Deutschland ist im Ostseeraum bislang sehr vorsichtig vorgegangen. Besonders auffallend ist die Zurückhaltung gegenüber den baltischen Staaten gewesen. Das bedeutet nicht, daß die Sicherheit der Balten den Deutschen gleichgültig wäre, aber vorrangig ist für sie das Ziel, Rußland zu stabilisieren und in die europäischen Strukturen einzubinden, wodurch auch die Sicherheit im Baltikum verbessert werden könnte. Wegen der Probleme der NATO-Erweiterung haben einige deutsche Politiker wie etwa Verteidigungsminister Volker Rühe den baltischen Staaten ganz offen gesagt, daß eine Mitgliedschaft in der NATO für sie vorerst nicht in Frage komme und daß es besser wäre, wenn sie Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern suchten. Der versten den verschen den versc

1996 nahm die Osterweiterung der NATO immer klarere Gestalt an. Ungeachtet der umstrittenen und kontroversen Begründungen und Zweifel wurde der Plan eine politische Realität, die besonders aufgrund des amerikanischen politischen Prestiges ihr eigenes Leben hat. Die deutschen Stellungnahmen waren vorsichtiger. Die Lage der baltischen Staaten ist mit dem Fortschritt des Erweiterungsprozesses der NATO insofern schlechter geworden, als es immer deutlicher wird, daß sie aus den Erweiterungsplänen mindestens vorerst ausgeschlossen werden. Es ist nicht völlig sicher, welche Vereinbarungen die Regierungen der Vereinigten Staaten und Rußlands miteinander wirklich getroffen haben. Es gibt jedoch Hinweise, daß sie sich darauf geeinigt haben, daß wenigstens die baltischen Staaten in der ersten Phase nicht in die NATO aufgenommen werden. Dafür wurden einige Initiativen in Aussicht gestellt, wonach nur "sanfte Sicherheitsgarantien" möglich wären, für die die nordischen Länder

Siehe Krohn, 1996, S. 96-115 und Saulius Girnius, Looking to Germany. Cooperation with the Baltics grows but Moscow's shadow lingers, in: Transitions, Bd. 2, Nr. 3, 9.2.1996, S. 32-35.

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Siehe z.B. Ognik, 1996, S. 129-134.

Siehe z.B. Siegfried Thielbeer, Klare Worte an die baltischen Republiken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.6.1995. Es ging um eine internationale Tagung in Visby am 18.6.1995, wo Volker Rühe diese Meinung äußerte. Vgl. Lejins, 1996, S. 50 betreffend Volker Rühes Besuch in Riga am 23.8.1995, wo er die Äußerung in Visby etwas abzuschwächen versuchte. Siehe auch Krohn, 1996, S. 97-98 und Girnius, 1996, S. 34.

Siehe z.B. "Christopher: NATO expansion on track", in: The Baltic Times, Nr. 2, 28.3.1996. Es betraf eine Tagung von 12 Außenministern aus mittel- und osteuropäischen (einschließlich der baltischen) Staaten, auf welcher der US-Außenminister sprach.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat immer die guten Beziehungen zu Rußland betont, u.a. in der Bundestagdebatte vom 11.9.1996. Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung 12.9.1996.

Verantwortung zu tragen hätten. Es gab auch Anregungen, daß die baltischen Staaten möglichst schnell in die Europäische Union statt in die NATO angenommen werden sollten. <sup>97</sup>

Der schwedische Ministerpräsident Göran Persson besuchte im August 1996 Washington und berichtete nach seiner Rückkehr, er habe vom US-Präsidenten die Empfehlung bekommen, wonach Schweden zur Förderung von sicherheitspolitischen Maßnahmen im Ostseeraum aktiv werden sollte. Präsident Clinton ernannte den ehemaligen Vizeaußenminister Richard Holbrooke zum Berater für die Ostsee-Kommission, deren Vorsitzender Persson ist. Sowohl Schweden als auch Finnland haben ihre Meinung, daß die Sicherheit im Ostseeraum besser durch kooperatives Handeln als durch neue Militärbündnisse garantiert wird, klar zum Ausdruck gebracht. Es wäre wichtig, daß sich auch Rußland aktiv an der Zusammenarbeit in der Region beteiligt. Die Unabhängigkeit der baltischen Staaten wird als wichtig angesehen, und die nordischen Länder leisten entsprechende Hilfe, sie können jedoch keine militärische Garantien übernehmen. Für eine derartige Hilfe ist auch das NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP) als Rahmen nützlich. Schweden und Finnland fördern die baldige Mitgliedschaft der Balten in der EU, können aber in der Frage der NATO-Mitgliedschaft natürlich keinerlei Einfluß nehmen. 98 Die beiden Länder wollen ihre militärische Bündnisfreiheit auch in Zukunft erhalten. Die schwedische Regierung erklärte im Jahre 1992, daß "Schweden militärisch bündnisfrei ist, damit es im Falle eines Krieges in den Nahgebieten neutral bleiben kann". 99

Die finnische Sicherheitspolitik - und insbesondere die Politik gegenüber den baltischen Staaten - entspricht heute weitgehend der schwedischen Linie. Finnland hat sich an so gut wie allen Formen der Zusammenarbeit für die europäische Sicherheit beteiligt und unterstützt besonders die Tätigkeit der OSZE. Die finnische Regierung betrachtet die Stabilisierungspolitik als sehr wichtig für die Sicherheit im Ostseeraum, und dabei wird die Rolle der EU speziell hervorgehoben. Der finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen hat in der Debatte um die Sicherheit im Ostseeraum häufig Stellung bezogenen. Er hat kooperative europäische und nordische Programme (einschließlich des PfP der NATO) befürwortet, aber andererseits auch erhebliche Bedenken gegen die NATO-Osterweiterung geäußert. Nach Lipponens Meinung besteht die große Gefahr, daß im Falle der NATO-Erweiterung gegen russische Einwendungen eine neue Blockbildung in der Ostsee stattfindet

Siehe z.B. Jim Hoagland, Expand the European Union Instead of NATO, International Herald Tribune 5.8. 1996 (ursprünglich The Washington Post). Er berichtete von einem Brief Präsident Boris Jelzins an Präsident Bill Clinton, in dem Rußland nachdrücklich betonte, daß die baltischen Staaten unbedingt außerhalb der NATO bleiben müßten, nur auf dieser Grundlage sei es möglich, zu einer Übereinkunft zu gelangen.

<sup>98</sup> Siehe den Bericht über die schwedische Sicherheitspolitik, (Försvarsdepartementet, Omvärldsförändringar och svensk säkerhetspolitik), Ds 1996:51, Stockholm 1996, S. 85-90 und 128-131. Entsprechende Gedanken sind im finnischen Regierungsbericht über die Sicherheitspolitik vom 6.6.1995 (Security in a changing world) zu lesen. Vgl. "Sweden, Latvia cooperate", in: The Baltic Times, 6.6.1996.

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup> Ulf Hammarström, Sweden, in: Krohn, 1996, S. 141-163.

<sup>&</sup>lt;sup>100</sup> Siehe Pekka Sivonen, Finland, in: Krohn, 1996, S. 86-95.

<sup>101</sup> Kari Möttölä, Security in Northern Europe - combining and reinforcing national, regional and wider European policies, in: Visions of European security, 1996, S. 88-103.

und die baltischen Länder dabei in eine sicherheitspolitische Krise geraten. Es wäre besser, statt der NATO die OSZE und EU als wichtigste Kooperationsforen zu fördern. <sup>102</sup>

Während die Aussichten auf eine baldige NATO-Mitgliedschaft für die Balten schlecht sind, trifft ein möglicher EU-Beitritt der verschiedenen Interessenten auf weit geringere Vorbehalte. Wegen der wirtschaftlichen und innenpolitischen Bedingungen ist jedoch die Frage einer baldigen EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten schwierig zu lösen. 103 Ministerpräsident Lipponen berichtete im April 1996, daß deutsche Regierungskreise Finnland gefragt hätten, ob es die Rolle eines Förderers der EU-Mitgliedschaft der baltischen Länder übernehmen könne. 104 Der finnische Europa-Minister Ole Norrback erläuterte am 15. April 1996 in Vilnius, welche praktischen Ansprüche die EU an die baltischen Länder vor einer Mitgliedschaft stellen will. Die Liste umfaßte u.a. die volle Integration der nationalen Minderheiten in die Gesellschaft, die Entwicklung der Gesetzgebung und die Verbesserung der allgemeinen sozialen Situation, einschließlich des Verbots "sozialen Dumpings". 105 Demgegenüber haben die finnische und die schwedische Regierung Empfehlungen abgewehrt, wonach Finnland und Schweden - eventuell gemeinsam mit anderen nordischen Ländern - mehr militärische Verantwortung für die Verteidigung der baltischen Länder übernehmen sollten. 106 Finnland hat jedoch Beratung und Ausbildungshilfe geleistet, z.B. etwa 100 estnische Offiziere und Unteroffiziere in finnischen Militärschulen ausgebildet, und diese Tätigkeit wird verstärkt fortgesetzt.

### 5. Entwicklungsaussichten in den baltischen Staaten

Eine zentrale Frage ist, ob es nicht besser wäre, eine Politik zur innerstaatlichen und regionalen Stabilisierung im Baltikum zu betreiben und praktische Maßnahmen in dieser Richtung zu fördern, statt in westlicher Hilfe oder militärischen Garantien des Westens ein Allheilmittel zu sehen. Dafür müssen wir die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Voraussetzungen der einzelnen baltischen Staaten analysieren. Ungeachtet ihres gemeinsamen Schicksals als Teil des russischen Imperiums sind diese Staaten recht verschiedenartig.

Es ist auffallend, daß die baltischen Staaten Lösungen für ihre wirtschaftlichen Probleme meistens allein gefunden haben. Die Gesetzgebung ist immer noch unvollkommen und die öffentliche Kontrolle ziemlich schwach, so daß auch die Kriminalität - und hier besonders der Schmuggel - günstige Bedingungen vorfinden. Da die baltischen Währungen an unterschied-

<sup>105</sup> Press Release des finnischen Außenministeriums, 15.4.1996.

-

<sup>&</sup>lt;sup>102</sup> Siehe z.B. Interview mit Paavo Lipponen "Enlargement raises fears of destabilisation. Finnish PM cautions on NATO growth risks", in: Financial Times, 17.9.1996, S. 38.

Siehe z.B. Niina Pautola, The Baltic States and the European Union - on the Road to Membership, in: Review of Economics in Transition, 4, Bank of Finland, 10.7.1996, S. 22-40.

<sup>104</sup> Helsingin Sanomat, 13.4.1996.

<sup>&</sup>lt;sup>106</sup> Siehe z.B. Empfehlungen in: Ronald Asmus - Robert Nurick, NATO Enlargement and the Baltic States, in: Survival, Bd. 38, Nr. 2, Sommer 1996, S. 121-143.

liche Leitwährungen gebunden sind, sind die Voraussetzungen für den innerbaltischen Handel und ausländische Investitionen nicht gut, was die wirtschaftliche und politische Konsolidierung der Region erschwert. Estland ist wirtschaftlich mehr an Finnland und Schweden orientiert und hat auch bessere wirtschaftliche Kennzahlen als die anderen baltischen Staaten. Die gute wirtschaftliche Leistung des Landes ist in erster Linie durch die radikale wirtschaftliche Liberalisierungspolitik zu erklären, die aber auch innenpolitische und soziale Spannungen und Risiken mit sich bringt. Lettland und Litauen treiben mehr Handel mit Rußland, während alle drei Länder ihren EU-Handel ausgeweitet haben. Aber auch für den Ausbau des Handels mit Rußland, insbesondere im Transitverkehr durch die baltischen Häfen, besteht ein gutes Potential. 109

Innenpolitisch ist die Lage in allen baltischen Staaten bislang ziemlich unstabil gewesen. Die jeweiligen Regierungen konnten sich nur kurz halten und viele höhere Beamten sind entweder entlassen worden oder freiwillig ausgeschieden. So hat Estland seit 1992 sechs Verteidigungsminister in vier Regierungen gehabt, und es hat Kämpfe um den Posten des Befehlshabers der Armee sowie zwischen dem Verteigungsministerium und Generalstab gegeben. Die Minderheitsprobleme haben im Ausland große Aufmerksamkeit erregt. In Estland leben ungefähr 600.000 Menschen anderer Nationalität neben 900.000 Esten, und es gibt im Osten des Landes Städte und Gemeinden mit fast ausschließlich russischer Bevölkerung. In Lettland hat der Anteil der Letten etwas zugenommen, beträgt aber noch immer nur 54 Prozent der Gesamtbevölkerung (2,6 Mio.). Von den Nichtletten haben schon 360.000 Menschen die vollen Bürgerrechte erhalten, zumeist aufgrund langfristiger Ansässigkeit, aber für neue Kandidaten sind die Gesetze streng. Die OSZE hat in Streitfragen vermittelt und die Brisanz der Lage ist gemildert worden, aber trotzdem belastet die Minderheitsfrage die Beziehungen zu Rußland und ist ein Hindernis für die EU-Mitgliedschaft. 111

Die Fähigkeit zur Landesverteidigung ist ein Kernproblem der Sicherheitspolitik, wenn auch die Sicherheit der Balten gegenüber Rußland nie mit ausschließlich militärischen Mitteln geschützt werden kann. Zwar bestehen wohl auch politische und materielle Hindernisse, aber eine der Hauptursachen für die schwache Verteidigungsfähigkeit ist das geistige Erbe der Sowjetzeit. Die Menschen zweifeln an den Möglichkeiten zur militärischen Verteidigung und sind skeptisch gegenüber allem Militärischen, was dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht

Hannu Hernesniemi, Barriers to economic cooperation of Baltic Rim countries, Report by the Research Institute of the Finnish Economy, 10.4.1996, Niina Pautola, Intra-Baltic trade and Baltic integration, in: Review of Economies in Transition, 3/1996, Bank of Finland, 26.4.1996, S. 5-16, und Vesa Korhonen, The Baltic countries' changing foreign trade patterns and the Nordic connection, ebenda, S. 17-32.

<sup>108</sup> Ebenda

<sup>&</sup>lt;sup>109</sup> Siehe z.B. René Nyberg, Reflections on Russia and the Baltic States, Vortrag auf einer Konferenz des Institute for East West Studies in Riga, 24.8.1996.

<sup>&</sup>lt;sup>110</sup> Mare Haab - Peter Vares, The future of European security as viewed in Estonia, in: Visions of European security, 1996, S. 156-157.

<sup>&</sup>lt;sup>111</sup> Jeff Chinn - Lise Truex, The Question of Citizenship in the Baltics, in: Journal of Democracy, Bd. 7, Nr. 1, Januar 1996, S. 133-139.

sehr schadet. Die baltischen Staaten haben versucht, ihre Armeen an NATO-Standards zu orientieren, auch wenn das große Schwierigkeiten mit sich bringt. So wurden zum Beispiel fähige, in der Sowjetarmee ausgebildete estnische Offiziere entlassen, nachdem der amerikanische Oberst a.D. Aleksander Einseln im Mai 1993 zum Befehlshaber ernannt wurde und bald seine Günstlinge bevorzugte. Die estnische Armee sollte nach amerikanischem Modell entwickelt werden, obwohl die Geldmittel dazu nicht ausreichten und die örtlichen Gegebenheiten nicht günstig waren. <sup>112</sup>

Als sich die Krise in der estnischen Armee 1995 zuspitzte, wurde nach vielen Streitigkeiten Oberst Johannes Kert zum Kommandeur ernannt. Die neuen Richtlinien der Verteidigungspolitik wurden im Parlament am 7. Mai 1996 verabschiedet. Die Landesverteidigung soll unter estnischen Rahmenbedingungen entwickelt werden, die Esten nehmen an der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des PfP und der UNO-Friedenssicherung teil und haben als Ziel die Vollmitgliedschaft in der NATO. Die Struktur und Doktrin der Armee sind jetzt nach dem territorialen Modell ausgerichtet worden, und es werden finnische und schwedische Ausbilder erbeten. Der Militäretat ist bisher sehr klein gewesen, 1996 betrug er etwa 500 Mio. estnische Kronen (62 Mio. D-Mark), aber 1997 soll er um 50 Prozent steigen. Es ist sehr schwierig, die NATO-Standards zu erreichen, auch wenn es darum geht, die Voraussetzungen für den Empfang von Militärhilfe zu erfüllen.

Auch in den anderen baltischen Staaten haben die Armeen ähnliche Probleme, deshalb sind für die Landesverteidigung auch freiwillige Organisationen sehr wichtig. Sie haben ungefähr die gleiche Kampfstärke wie die regulären Truppen, 116 aber leider sind sie auch oft in innenpolitische Konflikte einbezogen worden. 117 Dennoch bilden die militärischen Kräfte in den baltischen Staaten zusammen eine gewisse Abschreckung gegen kleinere Angriffe oder Störversuche. Wenn sie eine bessere Zusammenarbeit pflegen, wie es beim baltischen Bataillon für Friedenssicherung (BALTBAT) schon der Fall ist, und ihre Mittel für effektive Landesverteidigung den besonderen baltischen Verhältnissen anpassen können, dann werden sie auch ohne direkte NATO-Schutzgarantien leben können.

\_

Siehe Lukkari, 1996, S. 238-252 und Interview vom Oberst Matti Lukkari (als Berater in Estland 1993-1994), in: Viikkolehti, 3.6.1994. Vgl. Verteidigungsminister Öövel: "Wir haben zwei Jahre verloren, weil die Armeeführung glaubte, daß wir bald in die NATO gehen", in: Helsingin Sanomat, 11.4.1996.

<sup>&</sup>lt;sup>113</sup> Siehe Verteidigungsminister Andrus Öövel, Estonian Defence Policy, in: Estonian Defence Forces 1991-1996, Tallinn 1996, S. 3-4 und Dokument 25-28.

<sup>&</sup>lt;sup>114</sup> Siehe Estonian Defence Forces 1991-1996, S. 8 und Etatvorschlag 1997.

Minister Öövel sagte auf der Pressekonferenz 17.6.1996, Estland erfülle nur einen Punkt der 11 Mitgliedskriterien der NATO.

<sup>&</sup>lt;sup>116</sup> Siehe z.B. Dreifelds, 1996, S. 105-106 und Prospekt Latvia's National Guard 1996. Die Bürgerschutzgarde Zemessardze hat 20.000 Mitglieder, die ständige Armee ungefähr 5.000 Mann.

<sup>&</sup>lt;sup>117</sup> Siehe z.B. Vytautas Paulauskas, Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen, Bericht des BIOst, Nr. 21/1996, S. 28-29.

#### 6. Schlußfolgerungen

Aufgrund der historischen Erfahrungen und der heutigen geopolitischen Lage ist es ganz verständlich, daß die baltischen Staaten ihre russischen Nachbarn argwöhnisch beobachten. Die Entwicklung in Rußland, vor allem der Krieg in Tschetschenien, hat baltische Befürchtungen keineswegs zu zerstreuen vermocht. Deshalb haben sich die Balten eifrig um Westintegration und - wenn auch bislang ohne Erfolg - um militärische Garantien bemüht. Es ist jedoch fraglich, ob die einseitige Politik in Richtung NATO für die Balten wirklich der beste Weg ist, da sie viele riskante Elemente beinhaltet. Zur Zeit scheint eine baldige NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten ausgeschlossen zu sein. Der NATO-Erweiterungsprozeß geht jedoch weiter, und so haben einige Politiker und Wissenschaftler empfohlen, daß Schweden und Finnland mehr Verantwortung für die Sicherheit der baltischen Staaten übernehmen sollen. Schweden und Finnland engagieren sich sehr für die Balten und haben besonders Estland geholfen, sie sind aber nicht imstande, militärische Garantien zu geben.

Eine bessere Lösung wäre die möglichst schnelle Aufnahme der Balten in die Europäische Union. Das wird auch allgemein akzeptiert, stößt aber auf viele praktische Hindernisse. Eine Empfehlung, wonach Estland zunächst allein in die EU gehen könnte, <sup>118</sup> wäre schädlich für die Zusammenarbeit im Baltikum, da das die schon bisher schwierige "baltische Front" zerstören würde. Nützlicher wäre es, eine funktionierende Zusammenarbeit vielfältiger Art im Ostseeraum und im Baltikum zu fördern. Auch regionale Rüstungskontrolle im Rahmen der OSZE wäre denkbar. Für die allgemeine Lage im Ostseeraum und die Sicherheit der Balten ist es jedoch äußerst wichtig, daß die innere Stabilität der baltischen Staaten gefestigt wird. Sie ist heute zwar in gewissem Maße erreicht worden, aber für die Zukunft bräuchte man eine noch festere Grundlage. Um sie zu schaffen und die Lage im gesamten baltischen Raum zu stabilisieren, bedarf es keiner neuen militärischen Blockpolitik, sondern vielfältiger Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Seiten.

<sup>&</sup>lt;sup>118</sup> Siehe z.B. Asmus - Nurick, 1996, S. 134.

# Anhang

#### Die Baltischen Staaten

	Estland	Lettland	Litauen
Areal	$45.215 \text{ km}^2$	64.600km <sup>2</sup>	65.300 km <sup>2</sup>
Einwohner	1,5 Mio.	2,5 Mio.	3,7 Mio.
Wirtschaft <sup>119</sup>			
BSP je Einw. '95	2.351 US-\$	1.936 US-\$	1.641 US-\$
BSP Wachstum '96 (Prognose)	3,5 %	0,6 %	0,0 %
Mittellohnstand (3/1996)	230 US-\$	180 US-\$	160 US-\$
Inflation 1996 (Prognose)	20,0 %	20,0 %	30,0 %
Arbeitslosigkeit (April 1996)	2,3 %	7 %	8 %
Verteidigung <sup>120</sup>			
Streitkräfte	3.500 Mann	7.000 Mann <sup>121</sup>	9.000 Mann
Reserve	6.000 Mann	18.000 Mann	12.000 Mann
Wehrdienst	12 Monate	18 Monate	12 Monate
Grenzschutz	2.000 Mann	4.300 Mann	4.000 Mann

<sup>119</sup> Quellen: EIU Business Report, 2/1996; Business Eastern Europe, 20.5.1996, 27.5.1996 und 3.6.1996.
120 The Military Balance 1995-1996, IISS, London 1995.

<sup>121</sup> Grenzschutz inbegriffen.

Scandinavia and the Baltic

Russian Ground Forces in Northern Military District

#### Pekka Visuri

## The Security Situation of the Baltic States

Bericht des BIOst Nr. 4/1997

#### **Summary**

#### Introductory Remarks

The Baltic States regained their independence in 1991, but the security situation in the Baltic region continues to be the subject of heated discussion. There are many grounds for uncertainty about the future, most of them to do with the unstable situation in Russia and the crippling legacy of the Soviet era. Historical and geopolitical myths are also frequently cited in lines of argumentation and so must be included in the analysis.

At present, the question as to the expansion of the European Union and the extension of NATO is acute and of major importance also to the development of the situation in the Baltic region. However, the Baltic States have little clout with which to influence the general situation and little chance of being accepted as full members of these organisations in the near future, however much they would like to be.

There are many proposals for mitigating the serious situation of the Baltic countries. This study analyses them and compares them with experience gained from a functioning cooperation. Following an analysis of the basic historico-geopolitical factors and of the current situation in the Baltic region, it traces the latest developments in the Baltic States. In summary, the aim of the study is then to identify options for courses of action in security policy which would be generally acceptable and thus easier to implement.

#### **Findings**

- 1. A look back at historical experience and the geopolitical situation in the Baltic region makes it easy to understand why the Baltic peoples regard their Russian neighbours with suspicion to this day. On the other hand, the perception is widespread in Russia, too, that the Baltic peoples pose a serious threat to the Russians. Such conceptions are often projections of security myths, most of which do not stand up to critical analysis.
- 2. The security situation of the Baltic States is governed by the overall situation in the Baltic region. During the Cold War, the Baltic Sea was a flank zone for the Soviet Union, but the actual strategic focal point had been pushed westwards, to the straits of Denmark. Nowadays, the political situation is completely different, but there are still strong military forces present in the Baltic region. The security situation in the Baltic today depends essentially on the course of developments in Russia. A particular problem for the Baltic region is the

Russian exclave of Kaliningrad (the pre-war German Königsberg), where a strong naval base remains as a relic of Soviet military prowess. It would be extremely difficult for Russia to defend Kaliningrad without access via the Baltic territories. For this reason, it would be helpful if problems of military security could also be alleviated within the framework of regional arms control by the OSCE.

- 3. Following the end of the Cold War, conditions have become more propitious for many forms of co-operation in the Baltic region. There are now numerous co-operative organisations and initiatives whose scope also extends to the Baltic. Co-operation between neighbours is without doubt beneficial for the security situation, but active efforts are necessary if it is to be possible to overcome the great differences between the Western and the Eastern littorals of the Baltic Sea.
- 4. The expansion of NATO towards the East is meeting with vehement opposition in Russia, and this must be accepted as reality. The Baltic States themselves see membership of an extended NATO as their only security-policy option, but they have been excluded from the talks on extension to date. Since they cannot be given any direct military guarantees, other forms of ensuring their security must now be found.
- 5. Membership of the EU would be beneficial to the stability of the Baltic States, but it is difficult for them to fulfil the criteria. Sweden and Finland are giving the Baltic States assistance to bring them up to the mark for admission to the EU as soon as possible.
- 6. Domestic stability is of utmost importance to the security of the Baltic States. The situation is not too bad at present, but a sounder foundation needs to be created for the future. The consolidation of the economy, of domestic policy and defence calls for effective action. More important than developing a new military bloc policy would be to promote functioning co-operation in all fields of activity between the Baltic States and the other littoral nations around the Baltic Sea.